

Religion und Nation, Kirche und Staat im Südkaukasus

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (2016). *Religion und Nation, Kirche und Staat im Südkaukasus*. (SWP-Studie, S 18). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49229-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Uwe Halbach

Religion und Nation, Kirche und Staat im Südkaucasus

S 18
Oktober 2016
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

SWP-Studien unterliegen
einem Begutachtungsverfah-
ren durch Fachkolleginnen
und -kollegen und durch die
Institutsleitung (*peer review*).
Sie geben die Auffassung
der Autoren und Autorinnen
wieder.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, Berlin, 2016

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Schlussfolgerungen
7	Religiosität im Südkaukasus
9	Armenien: Kirche und Staat in der ältesten christlichen Nation
13	Georgien: Modernisierung, Europäisierung und »religiöser Nationalismus«
14	»Religiöse Wiedergeburt« in nachsowjetischer Zeit
18	Zwischen euroatlantischer Ausrichtung und orthodoxem Einfluss aus Russland
20	Muslime in Georgien
23	Aserbaidshan: Islam und säkulare Staatlichkeit
25	»Religiöse Wiedergeburt« in der nachsowjetischen Entwicklung
26	Einfluss von außen
28	Unabhängige religiöse Akteure
31	Kirche und Staat im Umfeld aktueller Krisen: Entwicklungen des Jahres 2016
34	Ausblick
35	Abkürzungsverzeichnis

*Dr. Uwe Halbach ist Wissenschaftler in der
Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien*

Religion und Nation, Kirche und Staat im Südkaukasus

In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion fanden seit Ende der 1980er Jahre Prozesse statt, die als »religiöse Wiedergeburt« bezeichnet wurden. Vor allem auf muslimische Regionen dieses Raums richtete sich die internationale Aufmerksamkeit. Verstärkt wurde sie von den dortigen Sicherheitsorganen und Machtelementen, die auf »religiösen Extremismus« in Gestalt islamistischer Oppositionskräfte und deren Beeinflussung von außen hinwiesen. Doch die Politisierung von Religion wurde auch in christlichen Teilen des postsowjetischen Raums zum Thema – so im Südkaukasus, dessen nachsowjetische Entwicklungen im Kontext von Staat und Kirche im Mittelpunkt dieser Studie stehen. In Absetzung von religionsfeindlicher sowjetischer Ideologie und bei der Gewinnung von Eigenstaatlichkeit ehemaliger Sowjetrepubliken war »religiöse« mit »nationaler Wiedergeburt« verknüpft. Diese Verbindung ist dort stark ausgeprägt, wo die dominierende Glaubensgemeinschaft in Gestalt einer besonders altertümlichen Landes- oder Nationalkirche existiert wie in Armenien und Georgien. Das wirft die Frage auf, ob das verstärkte Bekenntnis zur nationalen Bedeutung von Religion mit De-Säkularisierung gleichzusetzen ist. In Georgien etwa warnten Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft vor einem »religiösen Nationalismus«, der in diese Richtung weist. Über das Thema ist in den Religions- und Sozialwissenschaften eine Diskussion entbrannt, wobei ein kategorisches Entweder-oder zwischen Säkularismus und Rückkehr von Religion in Frage gestellt wird. »Religiöse Wiedergeburt« verlief gerade in Georgien parallel zur außenpolitischen Ausrichtung auf westliche Partner, die für Reform, Zivilgesellschaft und Demokratisierung plädieren. In muslimischen Regionen hat »religiöse Wiedergeburt« dazu beigetragen, eine Verbindung mit der islamischen Außenwelt herzustellen, von der Zentralasien, Aserbaidschan im Südkaukasus und muslimische Nationalitäten Russlands während der sowjetischen Zeit abgeschottet waren. Dabei entfalteten sich auch radikale, teilweise militante Kräfte, allerdings von Region zu Region in unterschiedlichem Ausmaß. Die Gesellschaft in Aserbaidschan etwa ist trotz aller Wiederentdeckung islamischer Tradition weitgehend in einem säkularen Nationalismus verwurzelt. Im benachbarten östlichen

Abschnitt des Nordkaukasus hingegen haben sich salafistische und jihadistische Tendenzen stärker als in anderen Teilen des postsowjetischen Raums offenbart.

Der Südkaukasus wird gerne als Landbrücke zwischen Europa und Asien dargestellt. Seit Jahrhunderten begegneten sich dort Christentum und Islam. Aktuelle Konflikt- und Kooperationslinien im Südkaukasus sind allerdings nicht vorrangig durch konfessionelle Differenz oder Verwandtschaft bestimmt. So unterhält Armenien, das älteste christliche Land überhaupt, gutnachbarliche Beziehungen zur Islamischen Republik Iran. Dagegen stand Aserbaidschan in der nachsowjetischen Periode größtenteils in gespannten Beziehungen zum Iran, obwohl es mit ihm am engsten glaubensverwandt ist. Das christliche Georgien pflegt eine intensivere Kooperation mit seinem muslimischen Nachbarn Aserbaidschan als mit seinem christlichen Nachbarn Armenien. Besonders belastet ist Georgiens Verhältnis zu Russland, obgleich die Glaubensgemeinschaften beider Länder derselben Kirchenfamilie angehören. Das feindseligste zwischenstaatliche Verhältnis in der Region, jenes zwischen Armenien und Aserbaidschan, besteht zwar zwischen Christen und Muslimen, ist aber nicht in erster Linie religiös determiniert, sondern durch den ethnoterritorialen Konflikt um Berg-Karabach.

Islamische und christliche Mächte – seit dem 16. Jahrhundert die Türkei und der Iran, später Russland – wetteiferten um Herrschaft und Einfluss in der Region. Auch heute stellt sich die Frage, welcher Einwirkung von außen die kulturell-religiöse Szene in den drei Staaten des Südkaukasus ausgesetzt ist. So wird in Georgien derzeit besonders der Einfluss Russlands auf konservativ geprägte Teile der Gesellschaft diskutiert, hat sich doch unter Präsident Putin in der Politik gegenüber dem »nahen Ausland« die Kooperation zwischen Staat und Kirche in Russland verstärkt. In dieser Zusammenarbeit wird ein orthodoxer Traditionalismus in Absetzung von angeblicher westlicher Dekadenz propagiert. Was die »religiöse Wiedergeburt« in Aserbaidschan anbelangt, trugen sowohl die Islamische Republik Iran als auch die Türkei ihren Teil dazu bei. Angesichts dieser Befunde muss sich europäische Politik gegenüber den drei Ländern des Südkaukasus damit befassen, wie sich das Verhältnis zwischen Religion und Politik, Kirche und Staat in ihnen gestaltet und welche Rolle auswärtige Akteure dabei spielen. So sahen sich hohe EU-Repräsentanten in Georgien veranlasst klarzustellen, dass der Assoziierungsprozess mit Europa nicht die Verleugnung traditioneller und »nationaler« Werte

verlangt, vor der russische Gegner dieses Prozesses warnen. Die europäische Politik gegenüber Armenien, Aserbaidschan und Georgien muss Stereotypen entgegentreten, die zu einer angeblich prinzipiell traditions- und religionsfeindlichen Haltung der westlichen Welt verbreitet werden.

Religiosität im Südkaukasus

Der Südkaukasus bildet in religionswissenschaftlicher Hinsicht wohl den interessantesten Abschnitt des postsowjetischen Raums. Dort finden sich in Armenien und Georgien die ältesten christlichen Nationalkirchen – um Jahrhunderte älter als die aus der »Heiligen Kiewer Rus« hervorgegangene orthodoxe Kirche in Russland. In beiden Ländern ist die Kirche eng mit der namensgebenden Nationalität und deren Souveränität verbunden, was die Frage aufwirft, wie es um die Rechte ethnischer und konfessioneller Minderheiten bestellt ist. Dies betrifft vor allem Georgien, wo 16 Prozent der Bevölkerung auf Minderheiten entfallen. Auch Aserbaidschan, das muslimische Land im Südkaukasus und das demographische und wirtschaftliche Schwergewicht in dieser Region, nimmt in der religiösen Landschaft des postsowjetischen Raums eine Sonderstellung ein: Es ist das einzige Land mit einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit, während die übrigen vom Islam (mit-) geprägten Teile dieses Raums zur sunnitischen Variante dieser Religion gehören. In dem Land am Kaspischen Meer toben keine blutigen Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten, wie in einigen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, und auch die Rivalität zwischen traditionellen und fundamentalistischen Strömungen »religiöser Wiedergeburt« hält sich in Grenzen. Gleichwohl verweist die Machtelite auf sicherheitspolitische Herausforderungen durch »religiöse Extremisten« und deren Beeinflussung von außen und begründet damit Repressionen gegen Akteure, die sich der staatlichen Religionsbürokratie nicht unterordnen.

Seit Beginn dieses Jahrzehnts ist in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Südkaukasus das Interesse an religiösen und religionspolitischen Entwicklungen in der Region gewachsen,¹ die zuvor in erster Linie durch ungelöste Territorialkonflikte von sich reden gemacht hatte. Dabei plädieren Sozialwissenschaftler für eine differenzierte Sichtweise. Zwar sei die Kirche in der Öffentlichkeit deutlich präsenter als früher und das »nationale« Bekenntnis

zu ihr nachdrücklicher. Davon zu unterscheiden sei aber die individuelle religiöse Aktivität der Bürger, gemessen an regelmäßigem Kirchgang und weiteren Kriterien.²

Aufmerksamkeit gewann das Thema zum Beispiel durch eine Studie des Caucasus Research Resource Center (CRRRC) von 2013. Sie basierte auf Umfragedaten zu Religiosität, Vertrauen in religiöse Institutionen und Einschätzung der Bedeutung von Religion in den Jahren 2009 bis 2012.³ In der Studie wird zwar nicht ausführlich auf das Verhältnis zwischen Religion und Staat eingegangen. Zu Religionsfreiheit und säkularer Staatlichkeit wurde aber festgestellt, dass in den Verfassungen aller drei Länder sowohl die Trennung von Staat und Kirche als auch Religionsfreiheit verankert sind. Gleichwohl gebe es Einschränkungen bei der Gleichberechtigung von Glaubensgemeinschaften und Unterschiede in der staatlichen Religionspolitik. Die Georgisch-Orthodoxe Kirche und die Armenische Apostolische Rechtgläubige Kirche sind gegenüber anderen Konfessionen durch Privilegien und mit Hinweis auf ihre »nationale Mission« bevorzugt.

Was staatliche Religionspolitik betrifft, geht Georgien aus dieser Umfrage als der am wenigsten regulierende Staat und Aserbaidschan als der Staat mit der stärksten Kontrolle über die religiöse Szene hervor.⁴ Das Bild ethnischer und konfessioneller Vielfalt ist in den drei Ländern ebenfalls unterschiedlich. Armenien mit seinen knapp drei Millionen Einwohnern ist ethnisch und konfessionell am homogensten, denn 98 Prozent der Bevölkerung sind ethnische Armenier und 91 Prozent bekennen sich zur Landeskirche. Georgien, das 3,7 Millionen Einwohner hat, weist unter den drei Staaten den höchsten Grad ethnischer und konfessioneller Diversität auf. In Aserbaidschan (9,2 Millionen Einwohner) bezeichnen sich 96 Prozent der Bevölke-

1 Siehe hierzu vor allem Alexander Agadjanian/Ansgar Jödicke/Evert van der Zweerde (Hg.), *Religion, Nation and Democracy in the South Caucasus*, London/New York: Routledge, 2015.

2 Ketevan Rcheulishvili, »A New Public Role of Religion? Recent Issues of Religion and Politics in Georgia«, in: *Caucasus Analytical Digest*, (29.4.2015) 72, S. 6–9 (6).

3 Caucasus Research Resource Center (CRRRC), *Religiosity in the South Caucasus*, 1.9.2013.

4 Ebd., S. 3. Dieses Bild ergibt sich aus den Indizes »Government Regulation of Religion Index« (GRI), »Government Favoritism of Religion Index« (GFI) und »Social Regulation of Religion Index« (SRI).

**Karte
Südkaukasus**



rung als Muslime, davon etwa 70 Prozent als Schiiten und 30 Prozent als Sunniten.

Unterschiede zeigen sich auch bei der Frage, in welchem Maße sich die Bevölkerung in den drei Staaten als religiös ausweist. Laut einer Gallup-Umfrage von 2015 unter rund 64 000 Befragten aus 65 Ländern gehören Armenien und Georgien mit über 90 Prozent zu den »most religious-proclaiming populations in the world« – bei einem globalen Durchschnitt von 63 Prozent. Das Bekenntnis sagt allerdings noch nichts über regelmäßigen Kirchgang und individuelle religiöse Aktivität aus. Ausgerechnet das muslimische Land in der Region, Aserbaidtschan, liegt dagegen deutlich unter diesem Durchschnitt, vergleichbar mit

Ländern wie Kanada und den Niederlanden.⁵ Allerdings ist gerade in Aserbaidtschan die Aussagekraft solcher Umfragen mit Vorbehalt zu bewerten. Da die staatlichen Stellen »religiösen Extremismus« als sicherheitspolitische Provokation besonders hervorheben, lässt die Bevölkerung bei der Gretchenfrage »Wie hast du's mit der Religion?« möglicherweise Vorsicht walten.

5 »Losing Our Religion? Two Thirds of People Still Claim to Be Religious«, *Worldwide Independent Network of Market Research/ Gallup International*, 13.4.2015, <www.wingia.com/web/files/news/290/file/290.pdf>.

Armenien: Kirche und Staat in der ältesten christlichen Nation

Armenien präsentiert sich als die erste christliche Nation überhaupt und gibt seine Bekehrung durch Gregor den Erleuchter mit dem Jahr 301 an. Im Jahr 2001 feierte die Republik Armenien das 1700. Jubiläum ihrer Kirche. Dafür wurde auf einem Hügel im Zentrum Eriwans eine Gregor gewidmete Kathedrale errichtet. Die Armenische Apostolische Rechtgläubige Kirche gehört zu sechs altorientalischen orthodoxen Glaubensgemeinschaften,⁶ die eine andere Familie bilden als die byzantinisch-orthodoxen Nationalkirchen, zu denen die russische und die georgische zählen. Dabei wird in Armenien die Kirche mit dem Armeniertum gleichgesetzt, allerdings reicht beides weit über das heutige Staatsterritorium hinaus. Die Mehrzahl der Armenier, gut 70 Prozent, lebt außerhalb dieses Staates, wobei die größten Diasporagruppen in Russland, den USA, Frankreich und im Nahen Osten zu finden sind. Wie bedeutsam die Diaspora ist und welche wichtige Rolle die Kirche als nationale Integrationsinstanz spielt, lässt sich daran ablesen, dass in der Republik Armenien 1995 ein Armenier aus der Diaspora als Karekin I. zum Nachfolger des verstorbenen Kirchenoberhaupts Vazgen I. gewählt wurde.

Über 90 Prozent der Staatsbürger Armeniens, unter denen kaum mehr als zwei Prozent auf ethnische Minderheiten entfallen, bekennen sich zur Landeskirche. Zu den religiösen und weltanschaulichen Minderheiten gehört neben Protestanten, Katholiken, Jesiden,⁷ Juden, Zeugen Jehovas und Muslimen auch

eine neopagane Bewegung unter der Bezeichnung Hetanismus (Hetanosutjun), die in nachsowjetischer Zeit Anhänger gewonnen hat.⁸ Die armenische Kirche hat in ihrer Geschichte auf Bekehrungsversuche gegenüber Nichtarmeniern verzichtet und steht Missions- und Bekehrungsbemühungen durch andere Glaubensgemeinschaften misstrauisch gegenüber. In den 1990er Jahren war vor allem das Verhältnis zu missionierenden westkirchlichen Glaubensgemeinschaften konfliktreich.⁹ Zugleich kultiviert sie ihre historische Selbstbehauptung gegenüber andersgläubigen und besonders islamischen Mächten, von denen das seit dem 14. Jahrhundert staatenlose Armeniertum umgeben war, und verklärt ihr Märtyrertum.

Eines der ersten Gesetze, die nach der Erlangung staatlicher Unabhängigkeit 1991 verabschiedet wurden, war das »Gesetz über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen«. Wie auch die nachsowjetische Verfassung von 1995 enthielt es Religionsfreiheit als Grundrecht, allerdings mit Einschränkungen. Es erkennt nur religiöse Gemeinschaften an, die sich auf eine »historisch kanonisierte heilige Schrift gründe[n]«,

tionen auf die Massaker des IS an jesidischer Bevölkerung im Irak 2014. Armenien hat auch jesidische Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen, zusammen mit armenischen Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak. Siehe Maxim Edwards, »Armenia to House World's Largest Yazidi Temple«, *EurasiaNet.org*, 6.7.2016.

⁸ Neuheidnische Bewegungen entfalten sich auch in anderen Teilen des Kaukasus. In dem von Georgien abtrünnigen Abchasien treten sie unter Bezeichnungen wie »Volksreligion« oder »indigene Religion« auf. Dort haben sie sogar einen offiziellen Status neben dem orthodoxen Christentum und dem Islam erlangt. Siehe Tsypylma Dariewa/Florian Mühlfried, »Kontaktraum Kaukasus. Sprachen, Religionen, Völker und Kulturen«, in: *Osteuropa*, 65 (2015) 7–10, S. 45–70 (55). Auch in Russland, der Ukraine und Belarus sieht sich die orthodoxe Kirche mit neopaganen Strömungen konfrontiert. Siehe Pavel Skrylnikov, »The Church against Neo-paganism«, *Intersection: Russia/Europe/World*, 20.7.2016, <<http://intersectionproject.eu/article/society/church-against-neo-paganism>>.

⁹ Siehe Tessa Hofmann, »Armenien – Überleben am Fuße erloschener Vulkane«, in: Marie-Carin von Gumpfenberg/Udo Steinbach (Hg.), *Der Kaukasus. Geschichte – Kultur – Politik*, München 2008, S. 15–31 (19).

⁶ Neben der armenischen zählen dazu die koptische Kirche in Ägypten, die syrisch-orthodoxe Kirche, die äthiopisch-orthodoxe Kirche, die eritreisch-orthodoxe Kirche und die indisch-orthodoxe Kirche mit insgesamt 84 Millionen Gläubigen. Es handelt sich hier in historisch-geographischer Hinsicht um orthodoxe Kirchen außerhalb der Grenzen des Oströmischen Reiches. Sie sind in dogmatischer Hinsicht den byzantinisch-orthodoxen Kirchen ähnlich, betonen aber stärker die Einheit der göttlichen und der menschlichen Natur Jesu Christi. An diesem Kriterium gemessen, werden die orthodoxen Glaubensgemeinschaften auch in die chalcedonischen und nichtchalcedonischen Kirchen unterteilt (nach dem Konzil von Chalcedon von 451, das in dem langen Streit über diese Frage entschied).

⁷ Für die rund 35 000 Jesiden, die in Armenien leben, ist derzeit der weltweit größte Tempel dieser Glaubensgemeinschaft im Bau – in dem Ort Aknalitsch, 35 Kilometer von Eriwan entfernt. Das Projekt steht im Zusammenhang mit Reak-

und beschneidet damit die religiöse Vereinigungs- und die individuelle Glaubensfreiheit.¹⁰

Die Verfassung wurde 2005 um folgende Aussage ergänzt: »Die Republik Armenien bestätigt die Armenische Apostolische Kirche als Nationalkirche mit exklusiver Mission im geistigen Leben der Nation, in der Entwicklung nationaler Kultur und Bewahrung nationaler Identität.« Doch der Begriff Nationalkirche wird juristisch nirgendwo definiert. Der Klerus neigt dazu, ihn mit »Staatskirche« gleichzusetzen, obwohl die Verfassung Staat und Kirche ausdrücklich trennt.¹¹ Gleichwohl gewährten die Verfassung und nachfolgend verabschiedete Gesetze der dominierenden Kirche eindeutige Privilegien zum Beispiel im Bildungsbereich, so dass sie ihrer »nationalen Mission« nachgehen kann. Die »Geschichte der Heiligen Armenischen Kirche« wurde an öffentlichen Schulen zum Unterrichtsfach.¹² Das UN-Komitee für die Rechte des Kindes empfahl Armenien, davon Abstand zu nehmen,¹³ aber die Regierung kam der Aufforderung nicht nach. Zudem gewährt der Staat der dominierenden Kirche Steuerprivilegien, im Unterschied zu anderen Glaubensgemeinschaften.

Im Einklang mit der »Nationalkirche« will der Staat das Eindringen kleiner, aber aktiver religiöser und weltanschaulicher Gemeinschaften begrenzen, und stempelt sie als »Sekten« ab. Zu deren Inbegriff wurden wie auch in einigen anderen postsowjetischen Staaten die Zeugen Jehovas. Im durch den Karabach-Konflikt mit Aserbaidschan militarisierten Armenien setzt sich diese Glaubensgemeinschaft wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung dem Verdacht nationaler Illoyalität aus.

¹⁰ Otto Luchterhandt, »Religionsfreiheit in der Republik Armenien. Rechtliche Ausgestaltung mit problematischen Einschränkungen«, in: *Ost-West Europäische Perspektiven* (OWEP), (2003) 4, S. 254–262, <www.owep.de/artikel/363/religionsfreiheit-in-republik-armenien>.

¹¹ Stepan Danielyan, »The Armenian Apostolic Church: Identity and Influence«, in: Adam Hug (Hg.), *Traditional Religion and Political Power: Examining the Role of the Church in Georgia, Armenia, Ukraine and Moldova*, London: The Foreign Policy Center, 2015, S. 29–34 (31).

¹² Satenik Mkrtchyan, »Constructing National Identities through General Education. Religion in Armenian Schools«, in: Agadjanian/Jödicke/van der Zweerde (Hg.), *Religion, Nation and Democracy in the South Caucasus* [wie Fn. 1], S. 149–162.

¹³ »... to revise the curriculum of schools in order to reflect the freedom of religion of all children and eliminate the compulsory subject of the History of Armenian Church from the curriculum.« Zitiert nach Danielyan, »The Armenian Apostolic Church« [wie Fn. 11], S. 32.

Der Übergang von der sowjetischen zur nachsowjetischen Periode und der Eintritt in die staatliche Unabhängigkeit waren in Armenien von der Karabach-Bewegung geprägt, die nationalistische Kräfte mobilisierte. Dabei begünstigte der Konflikt mit Aserbaidschan auch die Anlehnung an die Kirche als »nationale Institution«.

Anders als in Georgien ist das derzeitige Kirchenoberhaupt, seit 1999 der Katholikos Karekin II., nicht unumstritten. Die Bevölkerung sieht ihn in der Nähe politischer und wirtschaftlicher Machttäger und Oligarchen, deren Interessen eng verflochten sind. Insgesamt stärkte die Kirche ihre Position an der Spitze der politischen Hierarchie. Für eine enge Verbindung staatlicher Repräsentanten mit ihr standen Politiker wie der ehemalige Premierminister Tigran Sargsjan, der das Komitee für die Verwaltung der Kirche leitete.¹⁴ Dem kirchlichen Führungspersonal wird nicht nur ideologischer und politischer, sondern auch wirtschaftlicher Einfluss nachgesagt.¹⁵

Wie groß der ideologisch-politische Einfluss ist, wird daran sichtbar, dass kaum ein Staatsakt ohne priesterliche Beteiligung vor sich geht. Ihrerseits nehmen hochrangige politische Amtsträger an bedeutsamen liturgischen Ritualen und Gottesdiensten teil. Staatliche Stellen setzen gelegentlich Priester ein, wenn Protestbewegungen und Demonstrationen eingedämmt werden sollen. So verhandelten Geistliche 2015 mit Aktivisten, die Demonstrationen gegen eine Strompreiserhöhung organisierten. Die Regierung sah sich durch diesen »Strom-Maidan« besonders herausgefordert.

Auch auf das Militär nimmt die Kirche Einfluss, nachdem 1997 das Amt des Armeepriesters eingeführt wurde. Und sie unterhält außenpolitische Beziehungen, was sich schon aus ihrer Funktion für den Zusammenhalt der weltweiten armenischen Diaspora ergibt. Die Beziehungen zum Nachbarn Georgien werden teilweise stärker durch kirchliche Verbindungen als über die Botschaften beider Länder gestaltet. Dabei geht es

¹⁴ Zu dieser mit »Inchurchment of the State« bezeichneten Verbindung siehe Yulia Antonyan, »The Armenian Apostolic Church and Political Power in Armenia«, in: Hug (Hg.), *Traditional Religion and Political Power* [wie Fn. 11], S. 35–39 (36f).

¹⁵ So beteiligte sich ein hoher Kirchenführer, Erzbischof Navasard Kchojan, mit Tigran Sargsjan und dem Geschäftsmann Aschot Sukiasjan an einer Offshore-Firma, in die einige Millionen US-Dollar aus fragwürdigen Quellen flossen. Siehe dazu Armen Karapetyan, »Turbulent Times for Armenia's Ancient Church«, *Global Voices Caucasus, Caucasus Reporting Service* (CRS), 7.10.2013 (CRS Issue 704), <<https://iwpr.net/global-voices/turbulent-times-armenias-ancient-church>>.

auch um kritische Fragen – so zum armenischen kulturellen Erbe in Georgien, zur Restaurierung armenischer Kirchen im Nachbarland und zur armenischen Bevölkerungsmehrheit im georgischen Landesteil Samzche-Dschawachetien. Auch die Verbindungen zu den armenischen Gemeinden in Russland laufen weitgehend über kirchliche Kanäle.

Unbehagen an kritikloser Staatsnähe der Kirche wurde 2011 auf einer Versammlung der Diaspora-Armenier in Eriwan an prominenter Stelle geäußert: Während Präsident Sersch Sargsjan und das Kirchenoberhaupt Karekin II. mit beschönigenden Reden zur Lage in Armenien auftraten, beklagte der höchste Kirchenvertreter der Diaspora, Katholikos Aram I. von Kilikien (mit Sitz im Libanon), »innere Blutungen« des Landes, die sich in hoher Auswanderung, sozioökonomischen Problemen, Frustration in der Bevölkerung und Korruption manifestierten. Die Kirche dürfe sich gegenüber diesen Krankheitssymptomen nicht gleichgültig verhalten. Sie müsse auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, nicht auf die der Regierung schauen.¹⁶ Und auch aus der armenischen Gesellschaft erklang in den letzten Jahren der Ruf nach einer entschiedeneren Stellungnahme der Kirche zu Themen wie Korruption und Oligarchie. Die Unzufriedenheit über derlei Probleme ist in weiten Teilen der Gesellschaft gewachsen und hat Protestwellen ausgelöst.¹⁷

Wie in Russland und Georgien präsentiert sich die orthodoxe Kirche auch in Armenien als Bollwerk traditioneller Werte. Das bietet einen Anknüpfungspunkt für ideologischen Einfluss aus Russland, der zu einer Reihe wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Einflusshebel hinzukommt. Armenien unterhält mit Russland eine »strategische Partnerschaft«, die eine russische Militärpräsenz von rund 5000 Soldaten auf seinem Territorium ermöglicht. Als einziger Staat im Südkaukasus ist das Land Mitglied sicherheits- und wirtschaftspolitischer Regionalorganisationen im GUS-Raum, die von Moskau gefördert werden: der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit und der Eurasischen Wirtschaftsunion. Der russische ökonomische Einfluss erstreckt sich auf den Energiesektor und andere strategische Wirtschaftsfelder des kleinen Landes. Russlands »soft power« in Armenien konzentriert sich auf Bildungseinrichtungen, zivil-

gesellschaftliche Sektoren und das kulturelle Leben. Mehr als hundert Zentren für russische Sprache und Kultur wurden allein seit 2012 geschaffen. In Eriwan wurde 2015 ein Zweig der Moskauer Staatsuniversität eröffnet. Filialen sechs weiterer russischer Universitäten bestanden schon zuvor.¹⁸ Auch die Kirchen beider Länder stehen in engen Beziehungen zueinander. Im Jahr 2011 verlieh Präsident Sargsjan die höchste armenische Staatsauszeichnung, den Orden des Heiligen Mesrob Mashtoz, dem russischen Kirchenoberhaupt und Moskauer Patriarchen Kirill. Dieser bekräftigt für Armenien wie schon für Georgien die kanonische Hoheit der jeweiligen Landeskirche über das Staatsterritorium¹⁹ und trat im Konflikt um Berg-Karabach als Vermittler zwischen den Kontrahenten Armenien und Aserbaidschan auf. Kirill plädiert für ein gutes Einvernehmen zwischen christlich-orthodoxen und muslimischen Nationen, die sich von »westlichen Pseudowerten« distanzieren und eine Gemeinschaft traditionell religiöser Staaten bilden sollten. In diesem Sinne werden sowohl Armenien als auch Aserbaidschan in das ideologische Konstrukt der »Russischen Welt« (Russkij Mir) einbezogen.²⁰

Das Verhältnis der armenischen Kirche gegenüber Glaubensgemeinschaften und »Sekten«, die als »westlich« angesehen werden, ist gespannter. Archimandrit Komitas Hovnanian, ein prominenter Kleriker in der Hauptstadt Eriwan, verbindet Misstrauen gegenüber religiösen Minderheiten mit Kritik an »westlichen Werten«. Letztere fördern seiner Meinung nach »soziale Krankheiten« und »ausländische Sekten« seien bei deren Verbreitung in Armenien behilflich. Solche Botschaften kommen in einem nicht geringen Teil der armenischen Gesellschaft gut an. In einer Umfrage des Stockholmer World Values Survey, die 2015 unter 1100 Armeniern durchgeführt wurde, brachten 56,6

¹⁸ Janusz Bugajski/Margarita Assenova, *Eurasian Disunion. Russia's Vulnerable Flanks*, Washington, D.C.: Jamestown Foundation, Juni 2016, S. 308.

¹⁹ Die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) definierte in einem Statut ihr kanonisches Territorium, das mit Ausnahme Armeniens und Georgiens alle postsowjetischen Staaten sowie China, die Mongolei und Japan in Hinsicht auf dortige orthodoxe Bevölkerungsgruppen umfasst. Siehe dazu Thomas Bremer, »Diffuses Konzept. Die Russische Orthodoxe Kirche und die »Russische Welt«, in: *Osteuropa*, 66 (2016) 3, S. 3–18 (15f).

²⁰ Daniel P. Payne, »Spiritual Security, the »Russkij Mir«, and the Russian Orthodox Church: The Influence of the Russian Orthodox Church on Russia's Foreign Policy Regarding Ukraine, Moldova, Georgia, and Armenia«, in: Hug (Hg.), *Traditional Religion and Political Power* [wie Fn. 11], S. 65–70 (69f).

¹⁶ Gayane Abrahamyan, »Criticism amid Celebration: Top Diaspora Cleric Slams Armenian Leadership over Corruption, Emigration«, *ArmeniaNow.com*, 20.9.2011, <www.armenianow.com/news/politics/31852/armenia_diaspora_forum>.

¹⁷ Bertelsmann Stiftung, *Bertelsmann Stiftung's Transformation Index (BTI) 2016 – Armenia Country Report*, Gütersloh 2016, S. 9.

Prozent der Befragten Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten zum Ausdruck.²¹

Allerdings gehen orthodoxe Vorbehalte gegen »Verwestlichung« sowie die sicherheitspolitische und wirtschaftliche Anlehnung an Russland nicht mit einer grundsätzlichen Abwendung von Europa einher. Armenien verortet sich nicht einseitig in der »Russischen Welt«. Seine Regierung bekundet Interesse daran, weiterhin mit der EU in Kontakt zu bleiben und auf politischer Ebene den Assoziierungsprozess mit ihr fortzusetzen, auch wenn ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Brüssel zurückgestellt wurde, nachdem Armenien 2013 der von Russland dominierten Zollunion beigetreten und später Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion geworden war. Seit 2013 sind in politischen Thinktanks und der Zivilgesellschaft des Landes Vorbehalte gegen eine zu weit gehende Abhängigkeit von Russland deutlich gewachsen. Und auch in der Bevölkerung wird die »eurasische« Ausrichtung immer mehr in Frage gestellt. Laut einer Meinungsumfrage vom Sommer 2016 ist das Votum für die Eurasische Wirtschaftsunion auf 25 Prozent geschrumpft, das für die Annäherung an die Europäische Union auf 41 Prozent gestiegen.²²

Denkbar unterschiedlich sind die politischen, historischen und kulturellen Beziehungen Armeniens zu seinen muslimischen Nachbarstaaten Türkei und Iran. Die diplomatischen Beziehungen zu Ankara sind blockiert, die Staatsgrenzen zur Türkei (ebenso wie die zu Aserbaidschan) geschlossen. Verantwortlich dafür ist das historisch stark belastete Verhältnis zwischen beiden Staaten infolge des Völkermords an Armeniern im ausgehenden Osmanischen Reich und des Konflikts um Berg-Karabach, in dem Ankara auf der Seite Aserbaidschans steht. Dagegen unterhält Armenien unter den Staaten des Südkaukasus die besten nachbarschaftlichen Beziehungen zur Islamischen Republik Iran. In der Diplomatie zwischen beiden Seiten werden Termini wie »historische Verbindungen« und »besondere Beziehungen« bemüht.²³ Auf der Webseite des iranischen Präsidenten war 2011 zu lesen:

»Armenien und Iran stehen in kulturellen und historischen Verbindungen, die um tausende Jahre zurückreichen. Es gibt keine Grenzkonflikte zwischen beiden Ländern und das Verhältnis zwischen ihnen war in den zwanzig Jahren diplomatischer Beziehungen konstruktiv.«²⁴ Iran ist Armeniens viertgrößter Handelspartner nach der EU, Russland und China. Dagegen stand das mit Iran glaubensverwandte Aserbaidschan über weite Strecken der nachsowjetischen Periode in einem eher gespannten Verhältnis zur Islamischen Republik, worauf noch einzugehen sein wird.

²¹ Marianna Grigoryan, »Armenia: Church, State Joining Forces against Western Religious Groups?«, *EurasiaNet.org*, 24.11.2015, <www.eurasianet.org/print/76271>.

²² »Support for Russian-led Bloc Falls in Armenia – Survey«, *BBC Monitoring Global Newslines Former Soviet Union Political File*, 1.9.2016.

²³ Tatevik Mkrtchyan, »Shi'a Politics, 'Strategic Culture' and Iran's Relations with the South Caucasus«, in: Agadjanian/Jödicke/van der Zweerde (Hg.), *Religion, Nation and Democracy in the South Caucasus* [wie Fn. 1], S. 221–234 (226–228).

²⁴ Zitiert nach ebd., S. 227.

Georgien: Modernisierung, Europäisierung und »religiöser Nationalismus«

Georgien weist den höchsten Grad ethnischer und konfessioneller Vielfalt im Südkaukasus auf. Etwa 16 Prozent der Bevölkerung von knapp vier Millionen gehören zu den ethnischen Minderheiten des Landes, unter denen Aseris und Armenier die beiden größten Gruppen sind.²⁵ 83,4 Prozent bekennen sich zur Georgisch-Orthodoxen Kirche (GOK). Unter den religiösen Minderheiten heben sich die etwa 400 000 Muslime (10,7 Prozent) hervor. Nahezu drei Prozent der Einwohner des Landes sind Anhänger der Armenischen Apostolischen Kirche, 0,5 Prozent gehören katholischen Glaubensgemeinschaften an, das heißt armenisch-katholischen, lateinisch-katholischen und chaldäisch-katholischen Gemeinden. Dazu kommen alte und neue protestantische Gruppen und Sekten wie die Baptisten, die seit mehr als einem Jahrhundert in dem Land leben, und in nachsowjetischer Zeit die Zeugen Jehovas, die von radikalen Kräften in der GOK besonders angefeindet werden.

Laut Meinungsumfragen hat die Religion für den Großteil der Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Dabei entspricht dieses Bekenntnis nicht dem gängigen Wahrnehmungsmuster, wonach vor allem die ältere Generation und die ländliche Bevölkerung sich als »religiös« ausweisen. In der Altersgruppe von 18 bis 35 Jahren messen 91 Prozent der Befragten der Religion große Bedeutung zu, 60 Prozent bezeichnen sich selbst als »sehr religiös«.²⁶ Und in der Hauptstadt fällt dieses Bekenntnis nicht schwächer aus als auf dem Land. Allerdings sagt die Zustimmung zur nationalen Bedeutung von Religion noch nicht viel über die

Art aus, wie diese praktiziert wird. Eine neue Religiosität äußert sich nicht unbedingt in regelmäßigem Kirchgang. Neue Ausdrucksformen entstehen auch außerhalb der Kirchen im Internet, etwa Predigten auf Youtube, Kirchenglocken als Handysignale oder der »Tag der Vergebung« auf Facebook.²⁷

Dabei mischt sich die Kirche stärker in die Politik ein als der Staat in die religiöse Sphäre. Im Mai 2016 fand in Tbilisi eine Konferenz zum Thema »Religion, auswärtige Einflüsse und Parlamentarismus« statt. Dort warf der ehemalige Bildungsminister und Politikwissenschaftler Ghia Nodia die Frage auf: »Die Kirche ist unabhängig vom Staat, aber ist der Staat unabhängig von der Kirche?« Andere Konferenzteilnehmer wie Eka Chitanava, Leiterin des Instituts für Toleranz und Vielfalt, wiesen darauf hin, dass unter der seit 2012 amtierenden Regierung des Georgischen Traums der Staat sich immer stärker an die Kirche anlehne.²⁸

Die Zugehörigkeit zum »Georgiertum« wird in der Gesellschaft mit derjenigen zur Landeskirche gleichgesetzt. Georgische Intellektuelle warnten in den letzten Jahren vor einem religiösen Nationalismus, der ethnische und konfessionelle Minderheiten ausgrenzt und sich damit von der nationalen Aufklärungsbewegung im späten 19. Jahrhundert unterscheidet. Damals wurde »Nation« neben Sprache und anderen Kriterien zwar auch mit »Glauben« in Zusammenhang gebracht, aber nicht auf die Landeskirche beschränkt, sondern auch auf andere Glaubensgemeinschaften mit historischer Verbindung zu Georgien bezogen.²⁹

Im gegenwärtig dominierenden historischen Narrativ Georgiens, das bis in die Antike zurückgreift, ist die GOK ein zentrales Symbol national-kultureller Identität. Das georgische Königreich Iberien im Kerngebiet des heutigen Georgien nahm angeblich im Jahr 337 das Christentum als Staatsreligion an. Im 5. Jahrhundert wurde das Georgische als Liturgiesprache eingeführt und 487 erlangte die georgische Kirche das

²⁵ Im April 2016 wurden die Ergebnisse der letzten Volkszählung von 2014 bekanntgegeben. Von etwa 3,7 Millionen Einwohnern (in »Georgia proper«, das heißt ohne die abtrünnigen Landesteile Abchasien und Südossetien) entfallen rund 3,2 Millionen (86,8 Prozent) auf ethnische Georgier, 233 000 (6,3 Prozent) auf Aserbajdschaner, 168 100 (4,5 Prozent) auf Armenier, 26 500 (0,7 Prozent) auf Russen, 14 400 (0,4 Prozent) auf Osseten. »Geostat Releases Final Results of 2014 Census«, *Civil.ge*, 28.4.2016.

²⁶ Barbare Janelidze, »Secularization and Desecularization in Georgia. State and Church under the Saakashvili Government (2003–2012)«, in: Agadjanian/Jödicke/van der Zweerde (Hg.), *Religion, Nation and Democracy in the South Caucasus* [wie Fn. 1], S. 63–80 (68); CRRRC, *Caucasus Barometer 2013 Georgia*, <www.caucasusbarometer.org/> (eingesehen am 20.5.2014).

²⁷ Oliver Reisner, »Sakral-national. Staat, Religion und Nation in Georgien«, in: *Osteuropa*, (2015) 7–10, S. 93–112 (93).

²⁸ »Georgia: How Closely Should the State Embrace the Church?«, *EurasiaNet.org*, 26.5.2016, <www.eurasianet.org/node/78946>.

²⁹ Giga Zedania, »Nationalismus und Religion in Georgien«, in: *G2W*, (2011) 6, S. 16–19.

Karte Georgien



Recht auf Selbstregierung (Autokephalie). Der Bischof der ehemaligen iberischen Hauptstadt Mzcheta nahe der heutigen Hauptstadt Tbilisi wurde zum Katholikos erhöht. Seit dem 11. Jahrhundert, als sich Iberien mit anderen Landesteilen (vorübergehend) zu einem georgischen Gesamtstaat vereinte, nennt sich das Kirchenoberhaupt Katholikos-Patriarch von Gesamt-Georgien.

Der Kampf für die Unabhängigkeit Georgiens, das seit 1801 unter russischer Oberherrschaft stand, fiel mit der Verteidigung der eigenen Landeskirche zusammen. Diese wurde von der zaristischen Bürokratie ihrer Selbständigkeit beraubt und 1811 dem Heiligen Synod der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) unterstellt. Die Liturgie in georgischen Kirchen wurde ebenfalls »russifiziert« und auf die kirchenslawische Sprache umgestellt. Seither verband sich für die Georgier die Identifikation mit der eigenen Kirche mit nationaler Selbstbehauptung und Emanzipation von russischer Oberherrschaft.³⁰

³⁰ Philipp Ammon, *Georgien zwischen Eigenstaatlichkeit und russischer Okkupation*, Klagenfurt 2015, S. 151–179.

»Religiöse Wiedergeburt« in nachsowjetischer Zeit

Bereits seit den 1960er Jahren wurde in der georgischen Unionsrepublik die Identität der Titularnation gestärkt – auch durch die offizielle Kulturpolitik, die sich nur noch oberflächlich der sowjetischen Ideologie verpflichtet fühlte.³¹ Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in nachsowjetischer Zeit?³² Auf kirchlicher Seite steht der mittlerweile 82-jährige Patriarch und Katholikos Ilia II. im Mittelpunkt dieser Entwicklung. Seit Dezember 1977 ist er Oberhaupt der GOK und genießt in der Bevölkerung höchste Autorität.³³ Im Land stellt man sich besorgt die Frage, inwieweit seine Nachfolge geregelt ist.

³¹ Stephen Jones, *Georgia. A Political History since Independence*, London/New York 2013, S. 227.

³² Dazu besonders Eka Chitanava, »The Georgian Orthodox Church: National Identity and Political Influence«, in: Hug (Hg.), *Traditional Religion and Political Power* [wie Fn. 11], S. 40–52.

³³ Bei einer Umfrage des amerikanischen National Democratic Institute von 2013 sprachen ihm 92 Prozent der Befrag-

Auf staatlicher Seite sind hier mehrere Regierungen und vier Präsidenten zu nennen, von Swiad Gamsachurdia (1991–1992) über Eduard Schewardnadse (1995–2003) und Micheil Saakaschwili (2004–2013) bis zum derzeit amtierenden Giorgi Margwelaschwili. Zwei Monate nach der Unabhängigkeitserklärung vom 9. April 1991 erklärte der erste frei gewählte Präsident Gamsachurdia in seiner Antrittsrede: »Zusammen mit der Wiederherstellung staatlicher Unabhängigkeit sollte nun das orthodoxe Christentum zur Staatsreligion erklärt werden.«³⁴ Sein Verhältnis zu dieser Kirche und ihrer Führung war allerdings zwiespältig. Einerseits diffamierte Gamsachurdia die Mitglieder anderer Konfessionen als »Häretiker« und erklärte »Sektierertum« als unvereinbar mit georgischer Nationalität. Andererseits verwies er auf die sowjetische Abstammung der amtierenden Kirchenoberen und deren Kooperation mit den damaligen Machtorganen. Er selbst stilisierte sich zur Ikone der nationalen Bewegung und führte eine Art von Messianismus in die politische Kultur des Landes ein, der auch unter Präsidenten wie Micheil Saakaschwili gepflegt wurde. Damit konnte sich Gamsachurdia allerdings nicht gegen seine politischen Gegner wappnen, die ihn schon ein Jahr nach seiner Wahl zum Präsidenten aus dem Amt jagten.

Die Periode unter der Führung Eduard Schewardnadses (1992–2003, ab 1995 Präsident) war von zunehmendem Einfluss der Kirche auf das politische Leben des Landes geprägt. Um seine Legitimität zu untermauern, wandte sich der Republikführer aus sowjetischer Zeit der Kirche zu und ließ sich 1992 von Patriarch Ilia II. in der Sioni-Kathedrale in Tbilisi taufen. Er gewährte der Kirche finanzielle Privilegien und freie Hand für ihre Selbstdarstellung in den Medien. Im Gegenzug unterstützte die Kirche seine Präsidentschaft. Die im September 1995 verabschiedete Verfassung Georgiens betonte wie alle nachsowjetischen Verfassungen die Trennung von Staat und Kirche und verwehrte der GOK den von Gamsachurdia angesprochenen Status einer Staatskirche. Mit Nachdruck jedoch wurde in der Verfassung die herausragende Rolle der GOK in der Geschichte des Landes betont. Im

Oktober 2002 schloss der Staat ein Konkordat mit der Kirche. In einem Verfassungsabkommen wurde sie zum Rechtssubjekt erklärt – ein Status, der anderen Glaubensgemeinschaften noch vorenthalten blieb. Die GOK erlangte eine Reihe von Privilegien, darunter eine steuerliche Sonderstellung und finanzielle Unterstützung durch den Staat. In der Präambel des Abkommens heißt es, die Kirche habe über viele Jahrhunderte Kultur, nationale Identität und Werte Georgiens geformt.³⁵

Während der zweiten Hälfte der Schewardnadse-Ära verstärkte sich die euroatlantische Orientierung in Georgiens Außen- und Sicherheitspolitik. Schon 1998 antworteten auf die Frage, wo in der Welt sich das Land verorten sollte, 68 Prozent der Befragten »in Europa«, nur 19 Prozent »in der GUS« und drei Prozent »im Vorderen Orient«. Deutschland (87 Prozent) und USA (85 Prozent) wurden damals als bevorzugte außenpolitische Partner genannt, weit vor Russland (29 Prozent).³⁶ Anfangs forderte das Patriarchat noch geopolitische Neutralität, unterstützte in der Folgezeit aber die Ausrichtung nach Europa. Dabei wurde allerdings in manchen Kreisen der Kirche ein antiökumenischer und xenophober Trend erkennbar. Es wuchs die Feindseligkeit gegenüber dem Wirken ausländischer Glaubensgemeinschaften in Georgien. Und hinsichtlich der katholischen Kirche, die immerhin die Mehrheit der Christen in Europa umfasst, zeigt sich die GOK recht verschlossen. Als 1999 mit Johannes Paul II. erstmals ein Papst Georgien besuchte, rief die georgische Kirche ihre Gläubigen dazu auf, gemeinsame Gottesdienste und Gebete zu boykottieren. Dieser Vorgang wiederholte sich beim Besuch von Papst Franziskus in Tbilisi Ende September 2016. Solange es dogmatische Unterschiede zwischen beiden Kirchen gebe, hieß es in einer Erklärung, könne man nicht zusammen beten.

Unter Präsident Saakaschwili (2004–2013) war das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ambivalent.³⁷ Auch er und seine Vereinte Nationale Bewegung (Ertiani Nazionaluri Modsraba, ENM) waren darauf angewiesen, der höchsten Autorität des Landes ihre Reverenz zu erweisen. Nach seiner mit überwältigender Stimmenmehrheit bestätigten Wahl zum Präsi-

ten ihre Sympathie aus. An zweiter Stelle folgte mit 75 Prozent der damalige Premierminister und Multimilliardär Bidsina Iwanischwili und weit abgeschlagen der noch amtierende Präsident Saakaschwili mit 25 Prozent. »92% of Georgians Trust Patriarch Ilia II«, *Democracy and Freedom Watch*, 22.4.2013, <<http://dfwatch.net/92-of-georgians-trust-patriarch-ilia-ii-56618-19491>>.

³⁴ Zitiert nach Chitanava, »The Georgian Orthodox Church« [wie Fn. 32], S. 41.

³⁵ Ebd., S. 42.

³⁶ Zitiert nach Stephen Jones, »Cultural Paradigms in Georgian Foreign Policy«, in: Nino Tsitsishvili (Hg.), *Cultural Paradigms and Political Change in the Caucasus*, Saarbrücken: Lambert Academic Publishing, 2010, S. 66.

³⁷ Siehe dazu Janelidze, »Secularization and Desecularization in Georgia« [wie Fn. 26].

denten ließ sich Saakaschwili im heiligen Kloster von Gelati in sein Amt einführen und vom Patriarchen segnen. In den folgenden Jahren erhielt die Kirche steigende finanzielle Zuwendungen aus der Staatskasse. Doch zugleich vertrat die aus der »Rosenrevolution« hervorgegangene politische Führung einen säkularen beziehungsweise zivilen Nationalismus (civil nationalism). Die Westausrichtung georgischer Politik intensivierte sich weiter, während der Konflikt mit Russland sich von Jahr zu Jahr verschärfte. Der rechtliche Rahmen für Religionsfreiheit und Glaubensvielfalt wurde ausgebaut und das juristische Alleinstellungsmerkmal der GOK dadurch relativiert, dass nun auch andere Glaubensgemeinschaften sich registrieren lassen durften und Rechtscharakter erlangten. Ein neues Bildungsgesetz schränkte 2005 den Einfluss der Kirche auf den Unterricht an öffentlichen Schulen ein.³⁸

Dennoch genoss die dominierende Kirche weiterhin Privilegien gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften, so in steuerlicher Hinsicht und bei der Rückgabe des in sowjetischer Zeit konfiszierten Kircheneigentums. Und radikale Kräfte im Umfeld der Kirche traten nach wie vor in Erscheinung: Eine »Union orthodoxer Eltern« etwa startete teilweise gewalttätige Angriffe auf religiöse Minderheiten und deren Gebetshäuser, auf Halloween-Feiern, die in der jungen Bevölkerung in Mode gekommen waren, und auf Fernsehsender, in deren Programm angeblich glaubensfeindliche Äußerungen vorkamen. Inzwischen nahm die politische Führung unter Saakaschwili schon weniger Notiz von solchen Ausschreitungen, weil sie nach dem Krieg mit Russland von 2008 selbst im öffentlichen Meinungsbild immer mehr in Bedrängnis geriet und bei den Parlamentswahlen im Oktober 2012 abgewählt wurde. Zum Mentalitätswandel im Georgien der »Saakaschwili-Ära« mit ihrer strikten Westorientierung und ihren teilweise radikalen Reformen fand ein georgischer Kommentator folgende Worte: »Soziale Werte ändern sich nicht über Nacht. Die georgische Mentalität zu transformieren ist ein weit längerer und schwierigerer Prozess als, sagen wir, die Reform der georgischen Polizei – das Prunkstück unserer Modernisierung. Wertvorstellungen von gestern sind nicht so einfach zu entfernen wie korrupte Verkehrspolizisten.«³⁹

Beim demokratischen Machtwechsel von den einstigen Rosenrevolutionären zur neuen Regierungskoalition des Georgischen Traums stellte sich die Kirche weitgehend auf die Seite der Herausforderer. Im Wahlkampf kamen dabei xenophobe und islamophobe Töne auf. In Adscharien zum Beispiel warnte ein Kandidat des Georgischen Traums, Murman Dumbadse, vor zu viel türkischem Einfluss in diesem westlichen Landesteil Georgiens und agitierte gegen den Bau einer Moschee in der Provinzhauptstadt Batumi.⁴⁰ Der Führer der neuen Machtelite, der Multimilliardär Bidzina Iwanischwili, genoss zwar den Ruf eines christlichen Wohltäters, gab aber auch kritische Kommentare zu kirchlichen Machtansprüchen ab. Über seine finanzielle Unterstützung für den Bau der gewaltigen Sameba- (Dreifaltigkeits-) Kathedrale in Tbilisi sagte er einmal: »Eine Kirche zu bauen heißt nicht unbedingt, ein Sohn der Kirche zu sein.«⁴¹

Nachdem Iwanischwili 2013 das Amt des Premierministers angetreten hatte, befürwortete er als erster georgischer Politiker die Gleichberechtigung sexueller Minderheiten im Vorfeld des Internationalen Tages gegen Homophobie am 17. Mai. Diesen Gedenktag nahmen orthodoxe Hardliner zum Anlass, einen Aufmarsch gegen den Veranstalter, die Nichtregierungsorganisation Identoba, zu organisieren und gewaltsam gegen Demonstranten vorzugehen, die sexuelle Toleranz forderten. Es war die bislang spektakulärste Aktion radikaler Kräfte mit kirchlichem Hintergrund, wobei allerdings auch weite Kreise in der georgischen Bevölkerung gegen eine liberale Haltung zu gleichgeschlechtlichen Beziehungen sind. Hier unterscheidet sich Georgien bei aller Westorientierung kaum von Russland, wo eine antilibérale, von Staat und Kirche unterstützte Propaganda angebliche westliche Dekadenz gerne an einem »Gayropa« festmacht. Zwar distanzierte sich das Patriarchat in Tbilisi von diesen Gewaltakten, machte in der Folgezeit allerdings immer wieder deutlich, dass es seinerseits jegliche Liberalität gegenüber sexuellen Minderheiten oder die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ablehnt. In Konfrontation zum Internationalen Tag gegen Homophobie erklärte die GOK 2014 den 17. Mai zum »Tag der Familie«. Unterstützt wird diese Haltung von prorussischen Gruppierungen und Kräften, die behaupten, Georgien werde im Assoziierungsprozess

³⁸ Jones, *Georgia. A Political History* [wie Fn. 31], S. 230.

³⁹ »Why Instead of Words?«, *Tabula*, 14.9.2011, <www.tabula.ge/en/story/70168-why-instead-of-words>.

⁴⁰ Beka Mindiashvili, »Pre-election Turkophobia«, *Tabula*, 17.9.2012, <www.tabula.ge/en/story/70462-pre-election-turkophobia>.

⁴¹ Chitanava, »The Georgian Orthodox Church« [wie Fn. 32], S. 49.

mit der EU zu solcher Legalisierung gezwungen. Bei seinem Besuch in Tbilisi im März 2014 sah sich der damalige EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle veranlasst, diese Behauptungen zu dementieren. Während seines Treffens mit Patriarch Ilia betonte er, die EU habe »keinerlei Absicht, die traditionellen Werte Georgiens zu untergraben«. ⁴² Die Assoziierung betreffe »freien Handel«, nicht »freie Liebe«.

Seit Februar 2016 ist das Thema im innergeorgischen Diskurs wieder präsent, nachdem ein Antrag auf Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen gestellt worden war. In Erinnerung an den gewalttätigen Mob vom März 2013 rief das Patriarchat am 7. Februar die staatlichen Behörden auf, dem Antragsteller Polizeischutz zu gewähren, da seine Sicherheit bedroht sei. »Auch wenn wir seine Initiative, ganz zu schweigen von der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes, für völlig inakzeptabel halten, sind doch gewalttätige Reaktionen darauf ebenso inakzeptabel.« ⁴³ Auch die politische Führung stellte ihre Position in dieser Frage klar: Der neue georgische Premierminister Giorgi Kvirikashvili kündigte Anfang März 2016 an, sich für eine Verfassungsergänzung einzusetzen, in der festgeschrieben werden solle, dass Eheschließung nur zwischen Mann und Frau möglich sei. ⁴⁴ Für ein Referendum zu dieser Frage sammelte eine Gruppe von Initiatoren 200 000 Unterschriften im Internet. Präsident Margwelaschwili hingegen kritisierte diesen Anlauf als »Sturm im Wasserglas«, da im georgischen Zivilrecht die Ehe bereits als Partnerschaft zwischen Mann und Frau definiert sei.

Vor 2011 konnten sich Glaubensgemeinschaften mit Ausnahme der GOK nur als »nichtkommerzielle Vereine« registrieren lassen. Für diesen Mangel an religiöser Gleichberechtigung wurde Georgien im Westen gescholten, so im April 2011 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Auf die Vorwürfe reagierte das georgische Parlament mit einer Diskussion über das Thema und verabschiedete kurz darauf ein Gesetz, das auch anderen Glaubensgemeinschaften mit historischer Verbindung zu Georgien erlaubte, sich als Subjekte des öffentlichen

Rechts zu registrieren. Das führte zur wohl heftigsten Konfrontation mit dem Patriarchat in der Periode unter Präsident Saakaschwili. Außer der Furcht, ihre Monopolstellung zu verlieren, war die GOK um ihr Eigentum an einigen Kirchen besorgt, die von der Armenischen Apostolischen Kirche und den katholischen Glaubensgemeinschaften in Georgien beansprucht wurden. Gleichwohl unterzeichnete Präsident Saakaschwili das Gesetz, woraufhin Demonstranten unter Leitung von Priestern in der Hauptstadt aufmarschierten. Deshalb versuchte die politische Führung zu beschwichtigen und unterstrich, dass die GOK ihren privilegierten Status im Großen und Ganzen behalten werde. Die Bevölkerung stand weitgehend hinter der Kirche. Umfragen von 2011 zeigten, dass 69 Prozent der Befragten den Beschluss des Parlaments zur Gleichberechtigung der Glaubensgemeinschaften nicht unterstützten und dem Monopol der GOK den Vorzug gaben. ⁴⁵

Der neuen Koalitionsregierung des Georgischen Traums wurde vorgeworfen, dem kirchlichen Machtanspruch nicht entschieden genug entgegenzutreten. Doch auch nach dem demokratisch herbeigeführten Machtwechsel von 2012 (Regierungswechsel) und 2013 (Wechsel im Präsidentenamt) gab es Zusammenstöße zwischen Kirche und Staat – am heftigsten 2014 wegen eines Gesetzes zur »Beseitigung aller Formen von Diskriminierung«, das die EU als eine der Voraussetzungen für Visaliberalisierung von Georgien verlangte. Ähnlich wie im orthodoxen Moldova erhob sich Protest in konservativen und kirchlichen Kreisen Georgiens. Der Erzpriester David Isakadse drohte Parlamentsabgeordneten, sie aus der Kirche auszuschließen, sollten sie der Gesetzesvorlage zustimmen. Trotz des Widerstands wurde das Gesetz angenommen, wobei in der Schlussfassung allerdings einige kirchliche Vorbehalte berücksichtigt wurden. Ein Gesetz gegen die Verletzung religiöser Gefühle dagegen, wie es in Russland verabschiedet worden war, wies das georgische Parlament 2013 zurück. Anfang 2016 kehrte das »Blasphemie-Gesetz« in den politischen Diskurs zurück, nachdem eine entsprechende Gesetzesvorlage zur Erörterung auf Komitee- und Parlamentsebene eingereicht worden war. Dabei stellten sich andere Glaubensgemeinschaften nicht auf die Seite der dominierenden Kirche, die zwar den neuen Gesetzentwurf

⁴² Giorgi Lomsadze, »EU to Georgia: Gay Marriage Not a Requirement for Integration«, *EurasiaNet.org*, 4.3.2014, <www.eurasianet.org/print/68103>.

⁴³ Giorgi Lomsadze, »Gay Marriage Lawsuit Launched in Georgia«, *EurasiaNet.org*, 8.2.2016, <www.eurasianet.org/print/77221>.

⁴⁴ Elizabeth Owen, »Georgia Considers Constitutional Change to Block Same-Sex Marriage«, *EurasiaNet.org*, 8.3.2016, <www.eurasianet.org/node/77701>.

⁴⁵ Salome Minesashvili/Levan Kakhishvili, »Georgia: Foreign Policy Identity in the Domestic Arena as a Subject of Contestation«, in: *Caucasus Analytical Digest*, (14.9.2015) 77, S. 14–16 (15).

nicht eingebracht hatte, aber mit ihm identifiziert wird. »Dieses Gesetz schützt niemanden, vor allem nicht die Minderheiten. Es wäre ein machtvoll Instrument gegen die Meinungsfreiheit«, lautete der Kommentar eines Bischofs aus der Baptistengemeinde in Georgien.⁴⁶ Ähnlich äußerten sich Amnesty International, Vertreter der georgischen Zivilgesellschaft und Repräsentanten aus den Reihen der Regierungskoalition. Auch diesmal scheiterte das umstrittene Gesetz im Parlament.⁴⁷

Nach wie vor gewährt der Staat der Kirche weitaus mehr Finanzmittel als sämtlichen anderen Glaubensgemeinschaften zusammen. 2015 sah der Staatshaushalt dafür 12,5 Millionen US-Dollar vor, während lediglich 2 Millionen US-Dollar unter den übrigen Glaubensgemeinschaften aufgeteilt wurden.⁴⁸

Zwischen euroatlantischer Ausrichtung und orthodoxem Einfluss aus Russland

Georgien wird in geopolitischen Analysen gerne als Objekt europäisch-eurasischer Integrationskonkurrenz dargestellt, wobei die politische Elite des Landes sich auch nach zweimaligem Machtwechsel (2003 und 2012/13) deutlich nach Westen ausrichtet. Zu Russlands wichtigsten Instrumenten, mit denen es auf Georgien einwirkt, gehört sein direkter politischer, wirtschaftlicher und militärischer Einfluss auf die abtrünnigen Landesteile Abchasien und Südossetien. Georgiens wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland ist weit geringer als diejenige Armeniens. Sie wächst aber wieder, nachdem sich die Regierung des Georgischen Traums eine pragmatische, nichtkonfrontative Politik gegenüber dem großen Nachbarn im Norden verordnet hat, woraufhin einige seit 2006 errichtete Handels- und Verkehrsblockaden zwischen beiden Staaten aufgehoben wurden. Um seinen Einfluss zu wahren, wendet Russland in seinem »nahen Ausland« im Einklang von Staat und Kirche auch ideologische Instrumente an. Seit Wladimir Putin 2012 seine dritte Amtszeit als Präsident antrat und erst recht seit Beginn der Ukraine-Krise 2014 wird in Russland die

Absetzung von westlichen Normen mit konservativ-moralischen und religiösen Argumenten unterfüttert und zum Kreuzzug der Orthodoxie gegen »westliche Dekadenz« deklariert.⁴⁹ Begleitet wird dies von massiver Propaganda, die sich sowohl an Russlands »nahes Ausland« im postsowjetischen Raum als auch an nationalistische Kräfte in Europa richtet.

Selbst in einem Land wie Georgien, das sich entschlossen an der euroatlantischen Welt orientiert, findet eine solche Mission Anknüpfungspunkte. Dort befürwortet zwar immer noch ein Großteil der Bevölkerung den Westkurs der politischen Elite. Noch höher fällt jedoch die Zustimmung zur Kirche aus, die der Ausrichtung nach Europa zwar nicht entgegentritt, aber konservative Werte und nationale Traditionen hochhält. Was Georgiens Hinwendung zur Europäischen Union betrifft, sorgte eine vom amerikanischen National Democratic Institute in Auftrag gegebene Meinungsumfrage des CRRG im April 2015 erstmals für Irritation. Wohl stimmten immer noch 68 Prozent der Befragten für das ein Jahr zuvor geschlossene Assoziierungsabkommen mit der EU und 65 Prozent für einen Beitritt zur Nato. Aber 31 Prozent sprachen sich für engere Kooperation mit Russland und eine eventuelle Mitgliedschaft Georgiens in der Eurasischen Wirtschaftsunion aus, weitaus mehr als bei früheren Umfragen (2013: 11 Prozent, 2014: 20 Prozent).⁵⁰ Das zeigte gewiss noch keine Abkehr Georgiens von Europa und eine Neuorientierung auf Eurasien an, sondern eher Frustration der Bevölkerung über die sozioökonomische Lage und enttäuschte Erwartungen an ein Europa, das derzeit von der Flüchtlingskrise und anderen Herausforderungen vollkommen in Anspruch genommen wird. Gleichwohl wuchs bei den westlichen Partnern und in Georgien selbst die Furcht, dass euroskeptische und russlandhörige Kräfte erstarken könnten, besonders im Vorfeld der für Oktober 2016 angesetzten Parlamentswahlen. Präsident Giorgi Margwelaschwili verwies in seiner Rede vor dem Parlament zur Lage der Nation am 3. Februar 2016 auf steigenden Einfluss russischer »soft power« auf sein Land.⁵¹

⁴⁶ Giorgi Lomsadze, »Georgia Divided over »Blasphemy Bill«, *EurasiaNet.org*, 4.2.2016, <www.eurasianet.org/print/77156>.

⁴⁷ »Bill against »Insult of Religious Feelings« Dropped«, *Civil.ge*, 15.2.2016.

⁴⁸ Inga Popovaite, »Georgian Muslims Are Strangers in Their Own Country«, *OpenDemocracy*, 5.3.2015, <www.opendemocracy.net/od-russia/inga-popovaite/georgian-muslims-are-strangers-in-their-own-country>.

⁴⁹ Uwe Halbach, *Die Russisch-Orthodoxe Kirche als Stütze staatlicher (Außen-)Politik und Ideologie*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2016 (SWP-Aktuell 5/2016).

⁵⁰ National Democratic Institute, *Results of April 2015 Public Opinion Poll in Georgia*, 5.11.2015, <www.ndi.org/April-2015-Public-Opinion-Poll-Georgia>.

⁵¹ Vasili Rukhadze, »Russia's Soft Power in Georgia: How Does it Work?«, *Eurasia Daily Monitor*, 19.2.2016.

Russland setzt dabei auf politische Parteien, Nichtregierungsorganisationen und konservative Kreise in Georgien, die dem Westkurs kritisch gegenüberstehen.⁵² Auf Parteebene ist dies die Demokratische Bewegung Nino Burdschanadse, die sich von einer Mitkämpferin Saakaschwilis in der Rosenrevolution zur Oppositionspolitikerin gewandelt hat und der politischen Elite Amerikahörigkeit und Europäisierungssillusionen vorwirft. Hinzu kommt am rechten Rand die Allianz der Patrioten, die sich 2016 mit kleineren nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien zu einem Wählerblock zusammenschloss. Zwei Parteien, die eine traditionelle Werte verletzende »Verwestlichung« kritisieren, lehnen sich mit dieser Haltung an die Kirche an: die Konservative Partei⁵³ und die Christlich-Demokratische Bewegung.⁵⁴ Bei den meisten der genannten Parteien steht aber in Frage, ob sie die Fünf-Prozent-Hürde für einen Einzug ins Parlament überwinden können.

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene reitet das Eurasische Institut in Tbilisi Attacken gegen Nato, EU und den Westen schlechthin. Sein Direktor Gulbat Rzchladse wertete die Ukraine-Krise als »Kreuzzug des Westens gegen die orthodoxe Zivilisation«, zu der Georgien gehöre.⁵⁵ Einige Organisationen plädieren für die »eurasische« Integration Georgiens, beispielsweise die Gesellschaft Erekle II.⁵⁶ und die Koalition Eurasische Wahl – Georgien. Letztere veranstaltete Demonstrationen gegen die georgischen Bemühungen um baldigen Beitritt zur Nato und forderte ein Refe-

rendum über die Mitgliedschaft in der Allianz.⁵⁷ Die genannten Organisationen stehen in Kontakt mit russischen Protagonisten des Eurasismus und der Russkij-Mir-Konzeption.⁵⁸ Ihre russischen Partner präsentieren sich als Verteidiger kultureller Identität und Souveränität Georgiens, die vor »westlicher Dekadenz« geschützt werden müsse. Ein georgischer Kommentator macht indes auf die Widersprüchlichkeit dieser Selbstdarstellung aufmerksam: »Es ist paradox für Russland, das als imperiale Macht viel Zeit und Ressourcen für eine Assimilationspolitik im Georgien des 19. und 20. Jahrhunderts aufgewendet hat, wenn es sich nun als eine Art Verteidiger georgischer nationaler Kultur und Werte aufspielt.«⁵⁹

Wo steht nun die georgische Kirche in diesem geopolitischen Umfeld? Offiziell setzt Patriarch Ilia II. sich für Georgiens Assoziierung mit der EU und für die euroatlantische Ausrichtung des Landes ein. Die Kirche, so der Patriarch, werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um Georgiens Weg nach Europa zu unterstützen. Einige Kräfte im Land hätten falsche Informationen über eine angeblich gegenteilige Haltung des Klerus verbreitet. Gleichzeitig besteht das Kirchenoberhaupt aber darauf, dass Georgien im Integrationsprozess mit Europa seine eigenen Traditionen und Werte wahren müsse. Ebenso wie der konservative Großteil seiner Kirche tritt Ilia II. mit Kampfansagen gegen Abtreibung und Homosexualität, gegen »extremen Liberalismus« und mangelnden Patriotismus im Schulunterricht hervor. Er unterhält auch Kontakte zu Russland und traf sich 2013 mit Präsident Putin in Moskau. Der Patriarch betont die Notwendigkeit pragmatischer, entspannter Beziehungen zwischen beiden Staaten, wies verschiedentlich aber auch darauf hin, dass die »russische Okkupation Abchasiens und Südossetiens« solcher Entspannung entgegenstehe.

Als nach dem Krieg zwischen Georgien und Russland vom August 2008 die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zum Erliegen gekommen waren, bildeten ihre Kirchen die einzige noch verblie-

52 Sergi Kapanadze, *Georgia's Vulnerability to Russian Pressure Points*, London: European Council on Foreign Relations, Juni 2014 (Policy Memo), S. 5–7, <www.ecfr.eu/page/-/ECFR106_GEORGIA_MEMO_AW.pdf>.

53 Die Partei nannte sich ursprünglich Union der Nationalen Kräfte – Die Konservativen und trat 2002 in eine Koalition mit der Vereinten Nationalen Bewegung Saakaschwilis ein. 2012 unterstützte sie den Georgischen Traum gegen Saakaschwili. Parteiführer ist Swiad Dsidsiguri.

54 Die Partei wurde 2008 von Giorgi Targamadse gegründet. Bei den Parlamentswahlen 2012 belegte sie den dritten Platz hinter dem Parteienbündnis Georgischer Traum und der Vereinten Nationalen Bewegung, die bis dahin die Regierung gestellt hatte.

55 Nata Dzelishvili/Tazo Kupreishvili, *Russian Influence on Georgian NGOs and Media*, Tbilisi, Juni 2015, S. 6–24.

56 Die Gesellschaft wurde im Januar 2009 gegründet und benannte sich nach dem georgischen König Erekle II., der 1783 sein Herrschaftsgebiet der Protektion Russlands unterstellt hatte. Sie plädiert für die Verbreitung russischer Sprache und Kultur in Georgien sowie georgischer Sprache und Kultur in Russland.

57 »Eurasian Choice: Coalition Disputes Georgia Joining NATO«, *Russian Peacekeeper*, 13.8.2014, <www.peacekeeper.ru/en/?module=news&action=view&id=21816>; Dzelishvili/Kupreishvili, *Russian Influence on Georgian NGOs and Media* [wie Fn. 55], S. 31–42.

58 Andrey Makarychev, *The Limits to Russian Soft Power in Georgia*, Washington, D.C.: PONARS Eurasia, Januar 2016 (PONARS Eurasia Policy Memo 412), <www.ponarseurasia.org/memo/limits-russian-soft-power-georgia>.

59 Rukhadze, »Russia's Soft Power in Georgia« [wie Fn. 51].

bene Kommunikationsbrücke. Während der Kreml die beiden von Georgien abtrünnigen Landesteile diplomatisch anerkannte und damit ihre Abtrennung von Georgien bekräftigte, stellte der russische Patriarch Kirill mehrmals klar, dass die orthodoxen Kirchengemeinden in beiden Territorien weiterhin der kanonischen Hoheit der georgischen Kirche unterständen.⁶⁰ Gleichwohl blieb Skepsis auf georgischer Seite bestehen: 2013 beschwerte sich die GOK darüber, dass neu gebaute orthodoxe Kirchen in zwei Städten Abchasiens von Geistlichen der ROK eingeweiht worden waren. Und 2015 wandte sich ein Erzbischof der georgischen Kirche an die UNESCO mit dem Antrag, Kirchen und Klöster in jenen Regionen unter ihre Aufsicht zu stellen, die sich der Kontrolle der georgischen Regierung entzogen haben.⁶¹

Während die Kirche in Russland zur Stütze staatlicher Außenpolitik und Ideologie geworden ist, agiert diejenige in Georgien eher als eigenständiger informeller politischer Akteur mit starkem Rückhalt in der Bevölkerung und steht nicht grundsätzlich im Einklang mit staatlicher Innen- und Außenpolitik. Dabei entstanden in der georgischen Kirche und ihrem aus 36 Bischöfen bestehenden Heiligen Synod auch Fraktionen, welche die Position des Patriarchen nicht immer zur Gänze teilten oder aber die Stellungnahmen ihres Kirchenoberhauptes unterschiedlich auslegten. Drei Zentren sind hier zu erwähnen. Eines bildete sich um den Metropoliten Dmitri von Batumi, einem Neffen des Patriarchen Ilia II., und gilt als kritisch gegenüber westlichen Werten. Die zweite und radikalste Fraktion entstand um den Metropoliten Iob, der sich nicht nur in Konfrontation zur Regierung begeben hat, sondern auch Entscheidungen des Heiligen Synods tadelte. Er hat die radikalen Kräfte innerhalb der Kirche mobilisiert. Im Mittelpunkt der dritten Fraktion steht der Metropolit Abraam Garmelia, der für die georgische Glaubensgemeinde in Europa zuständig ist. Er vertritt eine proeuropäische Position und unterhielt enge Beziehungen zur politischen Elite unter Saakaschwili.⁶² Auch Ioane Gamrekeli, Metro-

polit von Rustawi und Marneuli sowie Leiter des Bildungszentrum des Patriarchats, wertet Beziehungen zur EU als »für unser Land nützlich« und konstatiert einen Mangel an korrekten Informationen darüber. Eine Nichtregierungsorganisation in Tbilisi, das Zentrum für Entwicklung und Demokratie, machte es sich zur Aufgabe, die Hinwendung Georgiens nach Europa in kirchlichen Kreisen bildungspolitisch zu fördern. Seit 2014 haben hunderte Priester und mit der GOK verbundene Dozenten und Studenten an Veranstaltungen und Kursen über Georgiens Beziehungen zur EU teilgenommen.⁶³

Muslime in Georgien

Georgien betont zwar eine »urtümliche« Zugehörigkeit zu Europa, stand aber auch für einige Jahrhunderte unter der mehr oder weniger direkten Oberherrschaft muslimischer Mächte – des arabischen Kalifats, der Timuriden und seit 1555 unter iranisch-safawidischer und türkisch-osmanischer Herrschaft, nachdem sein Territorium zwischen beiden Mächten aufgeteilt worden war. Jahrhundertlang lebten Christen und Muslime in dem Land relativ friedlich zusammen. Die heutige muslimische Minderheit von zehn Prozent der Republikbevölkerung konzentriert sich in Landesteilen wie Adscharien, der aserbaidshanischen Minderheiteneck Niederkartlien und dem Pankisi-Tal mit seiner tschetschenischstämmigen Volksgruppe der Kisti, ist aber auch in der Hauptstadt Tbilisi (mit rund 20 000 Muslimen) vertreten. Sie umfasst sowohl Sunniten als auch Schiiten. Letztere werden durch den aserbaidshanischen Bevölkerungsteil repräsentiert, der die größte Minderheitengruppe bildet.⁶⁴ Die georgischen Muslime haben sich 2011 von der Geistlichen Verwaltung der Muslime des Kaukasus, des in Baku residierenden Muftiats für den Südkaukasus, getrennt und eine eigene geistliche Verwaltung mit sunniti-

⁶⁰ Daniel P. Payne, »Spiritual Security, the Russian Orthodox Church, and the Russian Foreign Ministry: Collaboration or Cooptation?«, in: *Journal of Church and State*, 52 (2010) 4, S. 712–727.

⁶¹ »Patriarchate of Georgia Addresses UNESCO Regarding Monasteries in the Breakaway Region«, *interpressnews*, 15.7.2015, <www.interpressnews.ge/en/society/70624-patriarchate-of-georgia-addresses-unesco-regarding-monasteries-in-the-breakaway-region.html?ar=A>.

⁶² Sergi Kapanadze, »Russia's Soft Power in Georgia –

A Carnivorous Plant in Action«, in: Toms Rostoks/Andris Spruds (Hg.), *The Different Faces of »Soft Power«: The Baltic States and Eastern Neighborhood between Russia and the EU*, Riga: Latvian Institute of International Affairs, 2015, S. 162–183 (176f).

⁶³ Maia Edilashvili, »Georgia: Project Aims to Boost Orthodox Church's Support for EU Integration«, *EurasiaNet.org*, 18.3.2016.

⁶⁴ Inga Popovaite, »Sunni and Shia Muslims in Georgia: A Societal Margin in Motion?«, in: *Caucasus Analytical Digest*, (22.2.2016) 81, S. 13–17; Sophie Zviadadze, »Islam in Georgia«, in: *Kaukasus im 21. Jahrhundert*, Bern: Schweizerische Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen (SGMOIK), Herbst 2014 (Bulletin 39), S. 14–18, <www.sagw.ch/de/sgmoik/publikationen/bulletins.html>.

schen und schiitischen Abteilungen etabliert – gegen Protest aus Aserbaidschan. Baku beklagte, in diesem Stab sei die aserbaidtschanische Bevölkerungsgruppe Georgiens nicht genügend repräsentiert.⁶⁵

Ein besonderes Thema ist das Verhältnis zur islamischen Glaubensgemeinschaft im südwestlichen Landesteil Adscharien mit der Hauptstadt Batumi.⁶⁶ Er gehörte seit 1614 zum Osmanischen Reich, bevor er 1878 vom Zarenreich annektiert und in sowjetischer Zeit im Einverständnis mit der Türkei als Autonome Republik innerhalb der Unionsrepublik Georgien konstituiert wurde. Seine Bevölkerung besteht aus ethnischen Georgiern, von denen sich gut ein Drittel heute noch als Muslime verstehen. Anders als bei den Muslimen in der aserbaidtschanischen Bevölkerungsgruppe und im Pankisi-Tal fallen hier georgische Ethnizität und Sprache mit dem Bekenntnis zum Islam zusammen. Dies kann die dominierende Kirche kaum akzeptieren, da sie sich mit dem »Georgiertum« gleichsetzt. In nachsowjetischer Zeit stand Adscharien unter der Herrschaft des lokalen Potentaten Aslan Abaschidse und entzog sich dem administrativen Zugriff der Zentralregierung in Tbilisi. Adscharien führte ein Eigen-dasein, das erst im Mai 2004 nach der Rosenrevolution beendet wurde. In der Folgezeit wurde dieser Landesteil zur Bühne eines »Kulturkampfes« zwischen der christlich-orthodoxen Mehrheit und der muslimischen Minderheit, die vor allem in gebirgigen Landstrichen vertreten ist. Dort trat die orthodoxe Kirche mit Bekehrungskampagnen in Erscheinung, was in einigen Dörfern Zusammenstöße zur Folge hatte.⁶⁷ Über die Region hinaus bekannt wurden diese Querelen, als eine Kontroverse über den Bau der Sultan-Abdul-Aziz-Moschee in Batumi entbrannte. Der bereits erwähnte Kandidat des Georgischen Traums, Murman Dumbadse, organisierte mit Unterstützung der GOK Proteste gegen den von der 2012 abgewählten Regierung genehmigten Bau. Der Standort der geplanten Moschee, so Dumbadse, sei ein für die nationale Geschichte des christlichen Georgien symbolischer Ort.⁶⁸

65 »Georgia Establishes New Muslim Affairs Department Independent of Azerbaijan«, *Islam Today*, 13.5.2011, <<http://en.islamtoday.net/artshow-229-4063.htm>>.

66 Zu den georgisch-türkischen Beziehungen in Adscharien und zum Verhältnis zwischen der GOK und islamischen Gemeinden dort siehe Reisner, »Sakral-national. Staat, Religion und Nation in Georgien« [wie Fn. 27], S. 110–112.

67 Mathijs Pelkmans, *Baptized Georgian: Religious Conversion to Christianity in Autonomous Ajaria*, Halle: Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, 2005 (Working Paper 71).

68 Reisner, »Sakral-national. Staat, Religion und Nation in Georgien« [wie Fn. 27], S. 110.

Konfessionelle Vorbehalte gegenüber der muslimischen Glaubensgemeinschaft in Adscharien überkreuzen sich mit Ressentiments gegen wachsende wirtschaftliche, kulturelle und touristische Einflüsse aus der Türkei.⁶⁹ Eine der schillerndsten Figuren in der ehemaligen Koalition des Georgischen Traums, die sich Ende März 2016 in ihre Einzelparteien aufgelöst hat, nämlich der mit antiwestlichen, prorussischen und stalinfreundlichen Kommentaren hervortretende Unternehmer Georgi Topadse, bezichtigte die Türkei gar, georgisches Territorium zu besetzen. Daraufhin entschuldigten sich der Fraktionschef des Georgischen Traums im Parlament und der georgische Außenminister für diese Entgleisung,⁷⁰ ist die Regierung doch an guten Beziehungen zur Türkei, einem Haupt-handelspartner des Landes, interessiert. Mit seiner türkischen Nachbarschaft, das heißt mit Aserbaidschan und der Türkei, steht Georgien in einem trilateralen Kooperationsformat, das energie-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Felder umfasst.⁷¹

Über Streitigkeiten wegen des Baus von Moscheen und Kirchen wird auch aus anderen Landesteilen berichtet. Im August 2013 ließ die Verwaltung des Ortes Tschela das Minarett einer Moschee abreißen, weil dafür angeblich keine Baugenehmigung vorgelegen habe, und rief damit Proteste in der muslimischen Gemeinde des Ortes hervor. Mitglieder dieser Gemeinde behaupteten, Priester der GOK hätten die lokalen Behörden zu der Maßnahme veranlasst.⁷² Ende Februar 2016 kam es zu Zusammenstößen im Dorf Adigeni. Auslöser war die geplante Erweiterung eines christlichen Friedhofs um ein Stück Land, das von georgischen Muslimen beansprucht wurde.⁷³

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, das Menschenrechtsorgan des Europarats, tadelte in ihrem Jahresbericht über Georgien für das Jahr 2015 die dortigen Behörden, sie gingen nicht konsequent genug gegen religiöse Intoleranz wie etwa

69 Franziska Smolnik/Andrea Weiss/Yana Zabanova, »Prekäre Balance. Die Türkei, Georgien und der De-facto-Staat Abchasien«, in: *Osteuropa*, (2015) 7–10, S. 407–426, zu Adscharien S. 418–420.

70 »GD Apologizes over Controversial MP's Remarks on Turkey«, *Civil.ge*, 10.3.2016.

71 Zaur Shiryev, *Institutionalizing a Trilateral Strategic Partnership: Azerbaijan, Georgia, Turkey*, Tbilisi: Konrad-Adenauer-Stiftung/Center for International and European Studies (CIES) at Kadir Has University, 2016 (Policy Paper).

72 Giorgi Lomsadze, »Georgia Arrests a Minaret«, *EurasiaNet.org*, 29.8.2013.

73 »Dispute over Cemetery in Adigeni Leads to Religious Violence«, *Civil.ge*, 1.3.2016.

islamophobe Attacken vor und überließen die Streit-schlichtung kirchlichen Akteuren.⁷⁴ Einige der in Georgien stark vertretenen Nichtregierungsorganisa-tionen schlossen sich dieser Kritik an. Das für die Be-ziehungen zwischen Staat und Glaubensgemeinschaft zuständige Amt für religiöse Angelegenheiten konterte während einer Parlamentssitzung im Mai 2016 mit dem Vorwurf, die Nichtregierungsorganisa-tionen verschlossen die Augen vor islamistischer Unterwanderung.

Staatliche Religionspolitik hielt sich auch gegen-über solchen Akteuren zurück, die im Nachbarland Aserbaidshan schnell als »islamistische Extremisten« abgestempelt worden wären. So sind Georgien und die Ukraine die einzigen Länder im postsowjetischen Raum, in denen das radikalislamische Netzwerk Hizb ut-Tahrir al-Islami nicht verboten ist, während es in Zentralasien, aber auch in Russland staatlicher Verfol-gung unterliegt. Allerdings schrillen seit dem Sieges-zug des sogenannten Islamischen Staates (IS) 2013/14 auch in Georgien die Alarmglocken, da befürchtet wird, dass die Aktivitäten der Terrormiliz auf post-sowjetische Regionen ausstrahlen. Unter den Landes-teilen mit muslimischer Bevölkerung geriet in diesem Zusammenhang vor allem das Pankisi-Tal mit seiner tschetschenischstämmigen Volksgruppe der Kisti (rund 8000 Menschen, etwa 43 Prozent der dortigen Bevölkerung) ins Blickfeld. Angeblich gingen aus diesem Tal bis zu hundert junge Leute nach Syrien und in den Irak, um für den IS zu kämpfen.⁷⁵ Unter den Feldkommandeuren islamistischer Milizen in Syrien ragten einige Männer aus dieser Region heraus. Das gilt für den prominentesten Kämpfer aus Georgi-en, Tarkan Batiraschwili alias Omar al-Shishani (Omar der Tschetschene), der zu einem der bedeutendsten Militärführer des IS avancierte und im Februar 2016 bei einem US-Luftangriff getötet wurde, aber auch für Führer anderer Milizen. Bekanntheit erlangte zum Beispiel Murad Margoschwili, ein Kist aus Pankisi. Er trat unter dem *nom de guerre* Muslim al-Shishani her-

vor und stellte in Syrien 2012 die Militärformation Junud al-Sham aus Kämpfern zusammen, die über-wiegend aus dem Nordkaukasus, aber auch aus Deutschland stammten.⁷⁶

Im März 2016 gaben die Sicherheitsorgane in Tbilisi Entwarnung in Hinsicht auf einen Jihad-Tourismus aus Georgien nach Syrien und Irak: Gegenwärtig be-fänden sich nur noch fünfzig georgische Staatsbürger in den dortigen Kampfgebieten. Der Zustrom aus dem Pankisi-Tal und anderen Teilen Georgiens sei seit August 2015 deutlich zurückgegangen.⁷⁷ Nach Auf-fassung der georgischen Islamexpertin Nino Burtschu-ladse hat der IS in letzter Zeit an »romantischer Aus-strahlung auf die Jugend« eingebüßt, da er militäri-sche Niederlagen in Syrien und Irak hinnehmen musste.⁷⁸ Die mögliche Rückkehr von Jihadisten ist gleichwohl auch für Georgien ein sicherheitspoliti-sches Thema. Eine Herausforderung an demokratisch-menschenrechtliche Standards, zu denen sich Georgi-en mit Nachdruck bekennt, bildet das Verhalten gegenüber der muslimischen Minderheit des Landes.

74 »In some instances they promoted local mediation mechanisms instead, calling upon the dominant Georgian Orthodox Church to negotiate with the local Muslim community in the aftermath of islamophobic attacks.« European Commission against Racism and Intolerance (ECRI), *ECRI Report on Georgia*, Straßburg, 1.3.2016, S. 9, <www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/Country-by-country/Georgia/GEO-CbC-V-2016-002-ENG.pdf>.

75 International Crisis Group (ICG), *The North Caucasus Insurgency and Syria: An Exported Jihad?*, Brüssel, 16.3.2016 (Europe Report 238), S. 4.

76 Guido Steinberg, »Junud al-Sham and the German Foreign Fighter Threat«, *Combating Terrorism Center*, 19.2.2016, <www.ctc.usma.edu/posts/junud-al-sham-and-the-german-foreign-fighter-threat>.

77 »Security Agency Reports Decline in Outflow of Georgians to IS Group«, *Civil.ge*, 29.3.2016.

78 »Islamskoe gosudarstvo« vedet agitaciju v Gruzii« [Der »Islamische Staat« betreibt Agitation in Georgien], in: *Kommersant*, 7.7.2016.

Aserbaidtschan: Islam und säkulare Staatlichkeit

Aserbaidtschan präsentiert sich als ein Land, das seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Säkularismus und in der Moderne verwurzelt ist. Es versteht den Prozess »religiöser Wiedergeburt«, dessen äußeres Zeichen der rege Neubau von Moscheen war, nicht als Symptom einer »De-Säkularisierung«. ⁷⁹ Das Land respektiert traditionelle Werte des Islam und bezieht sie in seine nationale Identität ein. Laut Rafik Alijew, 2001 bis 2006 Leiter des Staatlichen Religionskomitees, umfasst das »aserbaidtschanische Modell« drei Grundelemente: »die Idee des Aserbaidtschanertums, die Idee eines säkularstaatlichen Systems sowie auch die moralischen Werte des Islam«. ⁸⁰ Seit der Erlangung staatlicher Unabhängigkeit 1991 hat die Regierung ihre Verbundenheit mit dem Islam als der traditionellen Religion ihres Landes demonstriert, haben die Präsidenten ihren Amtseid auf die Verfassung und den Koran geschworen. ⁸¹

Gleichzeitig stellt die Machtelite einen politisierten, von außen beeinflussten Islam als Hauptbedrohung dar. Um diesen zu bekämpfen, müsse der Staat die religiöse Szene und die zivilgesellschaftliche Sphäre kontrollieren. Die Abwehr eines »religiösen Extremismus« dient dem Regime dazu, seine autoritäre Herrschaft zu rechtfertigen. Es ergreift repressive Maßnahmen, weist aber auswärtige Kritik an Menschenrechtsverletzungen empört zurück.

Beim Thema Kirche und Staat stellt sich die Frage, ob der Begriff »Kirche« für das muslimische Land im Südkaukasus überhaupt angebracht ist, denn schließ-

lich kennt der Islam keine Kirche im Sinne ordinierter Geistlichkeit. Diese Einschränkung gilt allerdings für die schiitische Islamvariante schon weniger, da deren Geistlichkeit durchaus klerikal-hierarchische Züge aufweist. Und »religionsbürokratische« Merkmale besitzt der Islam im postsowjetischen Raum auf jeden Fall. Dort ist er administrativ in regionale Geistliche Verwaltungen der Muslime (Muftiate) gegliedert. Das geht auf Verwaltungsstrukturen zurück, die schon im 18. Jahrhundert von Zarin Katharina der Großen in muslimischen Regionen des Zarenreichs angelegt worden waren und auch in sowjetischer und nachsowjetischer Zeit maßgebend geblieben sind. An der Spitze dieser offiziellen Geistlichkeit steht seit 1980 der Scheich ul-Islam (Mufti) Allahukur Pashazadeh. Er fungiert als Leiter der Geistlichen Verwaltung der Muslime des Kaukasus, die in Baku residiert, allerdings theologischer Autorität weitgehend entbehrt. Laut Meinungsumfragen bekunden 63 Prozent der Aserbaidtschaner zwar generell Vertrauen in religiöse Institutionen, aber nur 4,1 Prozent in die von Pashazadeh repräsentierte Geistliche Verwaltung. ⁸²

Sie verkörpert eine staatsnahe Religionsbürokratie, die das aus sowjetischer Zeit ererbte Stigma eines »Islam von Gnaden des KGB« nicht abschütteln konnte. In nachsowjetischer Zeit nahm Pashazadeh Partei für das Alijew-Regime, mit Äußerungen wie »Sich gegen Haidar Alijew zu stellen heißt, sich gegen den Willen Gottes zu stellen«. ⁸³ Nach 2003 verstärkte İlham Alijew den Personenkult um seinen Vater und Vorgänger. ⁸⁴ In einigen Moscheen, so in Alijews Heimatregion Nachitschewan, wurden Gedenkräume für die Staatsikone eingerichtet. Und in Baku wurde 2014 der Bau der angeblich größten Moschee des Kaukasus vollendet. Sie trägt den Namen des »Staatsgründers«.

Der Islam in Aserbaidtschan ist von einem schiitisch-sunnitischen Dualismus geprägt. Damit bildet das

⁷⁹ Elnur Ismayilov, »Islam in Azerbaijan: Revival and Political Involvement«, in: Agadjanian/Jödicke/van der Zweerde (Hg.), *Religion, Nation and Democracy in the South Caucasus* [wie Fn. 1], S. 96–111 (96).

⁸⁰ Zitiert nach Sofie Bedford/Emil A. Souleimanov, »Islam im postsowjetischen Kaukasus. Von Sunniten, Schiiten, Sufis und Salafisten«, in: *Osteuropa*, 65 (2015) 7–10, S. 71–92 (78); siehe dazu Eva-Maria Auch, »Zwischen Identitätsstiftung und Politisierung: Islam in Aserbaidtschan«, in: *Kaukasus im 21. Jahrhundert* [wie Fn. 64], S. 21–26; David S. Siroky/Ceyhan Mahmudlu, »E Pluribus Unum? Ethnicity, Islam, and the Construction of Identity in Azerbaijan«, in: *Problems of Post-Communism*, 63 (2016) 2, S. 94–107.

⁸¹ Sevil Huseynova, »Baku zwischen Orient und Okzident. Der Islam in der postsowjetischen Stadt«, in: *Osteuropa*, 65 (2015) 7–10, S. 569–586 (571).

⁸² Ismayilov, »Islam in Azerbaijan« [wie Fn. 79], S. 101.

⁸³ Zitiert nach Arif Junusov, *Islamskaja palitra Azerbaidžana* [Islamische Palette Aserbaidtschans], Baku: Institut Mira i Demokratii, 2012, S. 19, <www.kavkazoved.info/images/myfls/files/au-full.pdf>.

⁸⁴ Zaur Gasimov, »Aserbaidtschan: Exportware Führerkult. Der Personenkult um Heydar Aliyev«, in: *Osteuropa*, 65 (2015) 7–10, S. 599–612.

Land eine Ausnahme unter den postsowjetischen Staaten mit muslimischen Bevölkerungsmehrheiten, die überwiegend zur sunnitischen Welt gehören und der hanafitischen Rechtsschule anhängen. Laut Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik vom Oktober 2011 bekennen sich 96 Prozent der 9,2 Millionen Bürger Aserbaidshans zum Islam, davon etwa 70 Prozent zu seiner schiitischen und 30 Prozent zu seiner sunnitischen Variante. Der Rest der Bevölkerung gehört anderen Konfessionen an – der christlichen und der jüdischen sowie nichttraditionellen Glaubensgemeinschaften. Vertreter der sunnitischen Minderheit unter den aserbaidshanischen Muslimen finden sich vor allem im Norden des Landes nahe dem russländischen Nordkaukasus und in der Hauptstadt Baku, außerdem sind manche ethnische Minderheiten wie die Lesginen überwiegend Sunniten. Während der 1990er Jahre bezeichneten sich nur wenige Muslime in Aserbaidshans als »praktizierende Gläubige«. In einer Umfrage des CRRC aus dem Jahre 2012 unter 1829 Bürgern Aserbaidshans gaben 33 Prozent der Befragten an, Religion sei »sehr wichtig« für ihr Alltagsleben. Elf Jahre zuvor hatte dieser Anteil bei 28 Prozent gelegen. 44 Prozent hielten Religion im Jahre 2012 für »ziemlich wichtig«. Aber in beiden Antwortgruppen bestätigten nur zwei Prozent der Befragten, dass sie täglich ihren religiösen Verpflichtungen nachgehen.⁸⁵

Einerseits legt Aserbaidshans Wert auf die Feststellung, dass es seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Einflüsse westlicher Kultur aufnahm, als Baku samt Umgebung zur Erdöl- und Industrieenklave im kaukasisch-kaspischen Raum wurde und internationale Unternehmen anzog. Die Hauptstadt Baku stellt sich als »westlichste Stadt des Orients« dar und Aserbaidshans präsentiert sich als *die* Schnittstelle zwischen Okzident und Orient. Andererseits grenzte sich die Machtelite des Landes von westlicher normativer Einflussnahme auf die politische Kultur ihres Landes ab. Stattdessen folgte sie dem in Russland unter Präsident Putin verbreiteten Narrativ, in dem solche Arten des Einwirkens von außen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten geißelt werden.⁸⁶

⁸⁵ Zitiert nach Shahla Sultanova, »Azerbaijan: Islam Comes with a Secular Face«, *EurasiaNet.org*, 15.8.2013.

⁸⁶ Zu diesem »hybriden Charakter« siehe Murad Ismayilov, »Postcolonial Hybridity, Contingency, and the Mutual Embeddedness of Identity and Politics in Post-Soviet Azerbaijan: Some Initial Thoughts«, in: *Caucasus Analytical Digest*, (14.9.2015) 77, S. 7–13.

Was das Verhältnis von Staat und Religion angeht, betont die politische Führung zwei Aspekte, nämlich die in der Gesellschaft verwurzelte Tradition säkularer Staatlichkeit und den multikonfessionellen Charakter des Landes, das deshalb als Vorbild für religiöse Toleranz propagiert wird. Um den ersten Punkt zu unterstreichen, greift sie besonders auf die Demokratische Republik von 1918 bis zur Sowjetisierung 1920 zurück, wie etwa Präsident Alijew anlässlich des »Tages der Republik« am 27. Mai 2015: »Die Bildung der Aserbaidshanischen Demokratischen Republik war ein historisches Ereignis von globaler Bedeutung, denn dies war die erste demokratische Republik in der muslimischen Welt. Wir sind stolz darauf, dass dieses historische Kapitel vom aserbaidshanischen Volk geschrieben wurde.«⁸⁷ Gleichzeitig preist Aserbaidshans sich auf internationaler Bühne als Erfolgsmodell des multikulturellen Zusammenlebens. So rief Präsident Alijew 2016 zum »Jahr des Multikulturalismus« aus. Dabei fördert eine »Haidar-Alijew-Stiftung« sogar Kulturprojekte im christlichen Ausland, darunter die Restaurierung zweier Katakomben im Vatikan.

In diesem Zusammenhang stellt sich das Land als eine Hochburg der Toleranz dar. Betrachtet man sein Herrschaftssystem, ist diese Selbststilisierung in Hinsicht auf politischen Pluralismus freilich fehl am Platze. Im Raum der östlichen Nachbarschaft der EU hebt sich Aserbaidshans durch den repressivsten staatlichen Umgang mit regierungskritischen zivilgesellschaftlichen Kräften hervor.

Der Hinweis auf konfessionell-kulturelle Vielfalt ist dagegen berechtigt. In Aserbaidshans leben Schiiten und Sunniten bislang friedlich miteinander und beten oft gemeinsam in einer Moschee – eine Rarität in der islamischen Welt. Der doktrinäre Unterschied, der zwischen beiden Zweigen des Islam besteht und anderswo blutige Konfliktlinien markiert, ist den meisten Muslimen in dem Land kaum bewusst. Religiöse Vielfalt hat es dort immer gegeben. So existierten zu Beginn des 20. Jahrhunderts an die zwanzig Bruderschaften und sufistische Strömungen.⁸⁸ Gegen Ende der 1920er Jahre wurden dann unter sowjetischen Bedingungen fast alle Moscheen in der Unionsrepublik zerstört oder geschlossen. Das religiöse Leben stand in sowjetischer Zeit unter dem Vorzeichen von *taqiyya*

⁸⁷ »Azeri President Highlights Gradual Settlement of Karabakh Conflict«, *BBC Monitoring Global Newline Former Soviet Union Political File*, 28.5.2015.

⁸⁸ Arif Yunusov, *Islam in Azerbaijan*, Baku: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2004, S. 123, 127.

– einem Prinzip, das es dem Gläubigen unter repressiven Bedingungen gestattet, seinen Glauben zwecks Selbstschutz zu verschleiern.

»Religiöse Wiedergeburt« in der nachsowjetischen Entwicklung

Der Islam überlebte in Aserbaidshan und anderen muslimischen Teilen des kommunistischen Vielvölkerreichs die sowjetische Periode, allerdings mit gravierenden Einschränkungen, was theologische Bildung betrifft. Es gab so gut wie keine Koranübersetzungen. Die Beziehungen zur islamischen Außenwelt waren abgebrochen und die offizielle Geistlichkeit hatte unter staatlicher Kontrolle gestanden.

In der nachsowjetischen Periode wurden in Aserbaidshan hunderte größere Moscheen gebaut oder wiedereröffnet. Viele davon wurden von Organisationen aus den arabischen Golfstaaten, Iran und der Türkei finanziert. Dazu kam eine Vielzahl von Gebetsorten oder heiligen Stätten (*pir*), von denen etwa fünfzig bis heute regelmäßig aufgesucht werden. Das Bekenntnis zur Religion war in Aserbaidshan aber zunächst anderen identitätsbildenden Prozessen untergeordnet. Seit 1988 drängte sich der Karabach-Konflikt mit Armenien in den Vordergrund und nährte einen aserbaidshanischen Nationalismus. In der Bevölkerung regte »religiöse Wiedergeburt« eher Neugier als eine strikte Hinwendung zur Religion an. Stärker traten die ethnischen Identitätsbezüge zutage, die Aserbaidshan vor die Wahl zwischen nationalen, eine aserbaidshanische Sonderidentität favorisierenden Auffassungen einerseits und pantürkischen Ideologien andererseits stellten. Der Islam wurde vorwiegend mit dem glaubensverwandten Iran in Verbindung gebracht, der im Karabach-Konflikt eher auf der Seite des Gegners verortet wurde. Religiöse Mission aus dem Iran verfiel zuerst allenfalls bei den ethnischen Minderheiten im südlichen Aserbaidshan wie den Talyschen. Auch salafitische Einflüsse aus dem Nordkaukasus und dem arabischen Ausland auf die sunnitische Bevölkerung sprachen zunächst eher ethnische Minderheiten an wie die Lesginen und Awaren in den nördlichen Landesteilen.

Seit Mitte der 1990er Jahre traten staatliche Organe wie das Ministerium für Nationale Sicherheit verstärkt religiös-politischen Akteuren und Netzwerken sowohl schiitischer als auch sunnitischer Provenienz entgegen, die des Extremismus bezichtigt wurden. Seither hat der Staat seine Kontrolle über die religiöse

Szene erweitert. Dabei war der Einfluss eines militanten Islam auf die Bevölkerung des Landes zu dieser Zeit begrenzt. Der islamistische Untergrund bildete einen winzigen Ausschnitt aus der religiös aktiven Bevölkerung und auch diese stellte nicht die Mehrheit. Erst gegen Ende der ersten nachsowjetischen Dekade gewann ein politisierter Islam, der sich in anderen Teilen des GUS-Raums bereits entfaltet hatte, auch in Aserbaidshan an Boden. Die offizielle Geistlichkeit vermochte keine Antwort auf die Fragen einer neuen Generation zu geben, die nicht mehr von der sowjetischen Propaganda geprägt worden war. Nun traten inoffizielle geistliche Führer auf den Plan, die jung waren und (zumeist im islamischen Ausland) theologische Bildung erlangt hatten.

Auch militante Netzwerke und Terrorzellen wurden nun in dem Land identifiziert, so eine Zelle von al-Qaida in Baku, die 1998 in Verbindung zu Bombenattentaten auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar-es-Salam gestanden haben soll. 1999 wurden 14 angebliche Mitglieder der »Armee Gottes« (Jaishullah) und ein Jahr später Aktivisten von Hizb ut-Tahrir verhaftet.⁸⁹

Als politischen Wendepunkt sehen regimekritische Beobachter das Jahr 2003 und die dynastische Herrschaftsübertragung innerhalb der Alijew-Familie vom Vater Haidar auf den Sohn Ilham. Gefälschte Präsidentschaftswahlen bekräftigten diesen politischen Schachzug. Westliche Akteure, die in Georgien die Rosenrevolution als zweiten Anlauf zu demokratischer Transformation unterstützten, setzten im für die Energieversorgung angeblich wichtigen Aserbaidshan dagegen auf politische Kontinuität und vermeintliche Stabilität. Für die demokratische Opposition in dem Land wurde der Westen damit unglaublich. Das Vakuum, das die Schwächung und Marginalisierung prowestlicher demokratischer Opposition hinterlassen hatte, wurde nun zumindest teilweise vom politischen Islam gefüllt. Präsident Ilham Alijew wandte sich noch resoluter als sein Vater gegen jegliche Anfechtung seines Herrschaftsmonopols, sei es durch säkulare, sei es durch religiöse Kräfte. Ein politischer, regimekritischer Islam gewann nun mehr Einfluss auf die Gesellschaft als im ersten nachsowjetischen Jahrzehnt. Deutlich wurde dies beispielsweise im sogenannten Karikaturenstreit von 2005, welcher sich an der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen durch die dänische Zeitung Jyllands-Posten entzündete. In Aserbaidshan stießen die Zeichnungen auf die heftigsten

⁸⁹ ICG, *Azerbaijan: Independent Islam and the State*, Baku/Tbilisi/Brüssel, 25.3.2008 (Europe Report 191), S. 2f.

Reaktionen in den muslimischen Regionen des GUS-Raums. Flaggen der USA, Israels und Dänemarks wurden verbrannt, christenfeindliche Karikaturen den Prophetenkarikaturen entgegengesetzt. Der Staat antwortete mit erneuten Repressionen gegen islamistische Akteure. Staatliche Kontrolle über die »religiöse Wiedergeburt« wurde nun vor allem damit begründet, dass der Islam sich gleichzeitig politisiere und radikalisiere und dass externe Akteure diesen Prozess vorantreiben. Einerseits war der aserbaidshansische Staat darauf bedacht, sich als Teil der islamischen Weltkultur zu präsentieren. Baku wurde 2009 zur Jahreshauptstadt der islamischen Kultur erwählt. Andererseits wurden der öffentliche Aufruf zum Gebet und das Tragen des Hijab an öffentlichen Bildungseinrichtungen verboten. Zumeist unter dem Vorwand der Bauauffälligkeit ließen die Behörden immer mehr Moscheen schließen, die als Zentren islamistischer Gemeinden wahrgenommen wurden und angeblich unter dem Einfluss ausländischer Missionen standen.

Einfluss von außen

Von außen beeinflusst wird die religiöse und kulturelle Szene in Aserbaidshans aus dem Iran, der Türkei, dem zu Russland gehörenden Nordkaukasus und der arabischen Welt. Radikalisierende Wirkung wird vor allem einem »Wahhabismus« oder »Salafismus« zugeschrieben, der sich in Teilen des Nordkaukasus entfaltet habe, und schiitischen Missionen aus dem Nachbarland Iran.

Am engsten ist Aserbaidshans mit dem »Bruderland« Türkei verbunden. Beide Länder bringen ihre Beziehungen auf die Formel »zwei Staaten, eine Nation« und suchen dies mit Mythen historischer und ethnisch-sprachlicher Verwandtschaft zu untermauern.⁹⁰ Besonders intensiv sind ihre wirtschaftlichen und energiepolitischen Verbindungen, die über einen südlichen Korridor verlaufen – zwischen dem Kaspischen Meer, dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer mit Georgien als Transitland zwischen Aserbaidshans und der Türkei. Eine Vielzahl türkischer Firmen ist an der Wirtschaftsleistung Aserbaidshans, des ökonomischen Schwergewichts im Südkaukasus, beteiligt.

⁹⁰ Siehe hierzu Hans-Lukas Kieser, »Eine Nation, zwei Staaten? Mythen, Interessen und Unsicherheiten im Verhältnis von Türkei und post-sowjetischem Aserbaidshans«, in: *Kaukasus im 21. Jahrhundert* [wie Fn. 64], S. 32–35.

Vor allem zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeit unter der Präsidentschaft Abulfaz Elçibey (1991–1993) war die »türkische Welt« für Aserbaidshans die erste Adresse für eine Identitätspolitik, die hauptsächlich auf ethnisch-sprachliche Verwandtschaft setzte. Die konfessionelle Nähe dagegen, die das mehrheitlich schiitische Aserbaidshans eher mit dem Iran als mit der sunnitischen Türkei verbinden müsste, wurde dahinter zurückgestellt. Auch in der Folgezeit unter den Alijews hat Aserbaidshans Bemühungen Ankaras unterstützt, turksprachige Staaten im GUS-Raum auf kulturpolitischer Ebene zusammenzubringen, so im Kooperationsrat turksprachiger Staaten (Turkic Council), der im Oktober 2009 gegründet wurde.⁹¹ Zudem war die Republik Türkei ein historisches Vorbild für die Prinzipien Säkularismus und Trennung von Kirche und Staat, auf die sich Aserbaidshans beruft – auch wenn in Baku gerne betont wird, dass die aserbaidshansische Republik von 1918 bis 1920 dieses Vorbild noch vor der kemalistischen Türkei geliefert habe. Türkische Kulturpolitik in Aserbaidshans hat seit Mitte der 1990er Jahre die Funkmedien, gegenseitigen Studentenaustausch und Bildungseinrichtungen umfasst. Doch beim kulturellen Einfluss wird auch schon die Grenze zu religiösen Missionen überschritten, die ebenfalls aus der Türkei auf Aserbaidshans gewirkt haben und dort in der politischen Elite nicht ohne Misstrauen betrachtet wurden.⁹² Der türkische Staat hat den Bau mehrerer Moscheen in Aserbaidshans finanziert und Stipendien für junge Aserbaidshanser zum Studium an religiösen Bildungseinrichtungen der Türkei vergeben. 1992 wurde an der Universität Baku die Türkische Islamische Fakultät gegründet. Türkische Dozenten lehren an verschiedenen, auch religiösen Bildungseinrichtungen in Aserbaidshans. Auf inoffizieller Ebene verbreitete sich türkischer Einfluss über sufitische Bruderschaften und andere unabhängige Strukturen. Am aktivsten waren hier der Nurcu-Orden (nach seinem Begründer auch Said-Nursi-Orden genannt) und die auf seinen Lehren basierende Hizmet-Bewegung des Predigers Fethullah Gülen, die ein weitverzweigtes Netz von Bildungseinrichtungen in mehr als 130 Ländern geknüpft hat, darunter auch in Nachfolgestaaten der Sowjetunion und dort vor allem in Aserbaidshans.⁹³ In diesem Land

⁹¹ Ismayilov, »Postcolonial Hybridity« [wie Fn. 86], S. 9.

⁹² Junusov, *Islamskaja palitra Azerbaidžana* [wie Fn. 83], S. 38.

⁹³ Zur Gülen-Bewegung im postsowjetischen Raum siehe besonders Bayram Balci, *Turkey's Religious Outreach in Central Asia and the Caucasus*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 27.1.2014, S. 5–8, <<http://carnegie>

gehörten die Kaukasische Universität (Qafqaz Universiteti) in Baku, weitere Hochschulen und Tutorenzentren zur Vorbereitung auf Universitätsexamen zu diesem Bildungsnetzwerk. Dazu kamen Medien, die der Gülen-Bewegung nahestanden, wie die Zeitung *Zaman Azerbaijan*, die Radiostation *Burç* und ein Fernsehkanal.

Unter Haidar Alijew, das heißt bis 2003, genossen die Gülen-Anhänger weitgehende Bewegungsfreiheit. Ihre Schulen und universitären Bildungseinrichtungen, allen voran die Kaukasische Universität, hatten einen guten Ruf und galten als korruptionsfrei in einem Land, dessen Bildungssektor besonders korruptionsanfällig ist. Erst unter İlham Alijew richteten die Behörden ihr Augenmerk stärker auf die Gülen-Bewegung. Ähnlich wie in zentralasiatischen Staaten wuchs in Aserbaidshan der Verdacht, sie könnte einen politischen Islam fördern, war doch inzwischen in der Türkei die proislamische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) an die Macht gekommen, deren Führer Recep Tayyip Erdoğan anfangs noch in enger Verbindung zu Fethullah Gülen stand. 2007 wurden erstmals Nürücü-Mitglieder in Aserbaidshan verhaftet. Unter Druck gerieten die Bildungseinrichtungen der Hizmet-Bewegung dort allerdings erst, nachdem Gülen und der türkische Regierungschef und spätere Präsident Erdoğan sich 2013 überworfen hatten. Kurz nach einem Staatsbesuch Erdoğan in Baku im April 2014 schlossen die Behörden Bildungseinrichtungen, die mit Gülen in Verbindung gebracht wurden, und unterstellten die Kaukasische Universität der staatlichen Erdölgesellschaft SOCAR.⁹⁴ Nach dem Versuch eines Militärputschs in der Türkei im Juli 2016 trug Ankara den Vorwurf, Gülen sei der Drahtzieher, auf die internationale Bühne und fand damit in Aserbaidshan Gehör. Gegen einen privaten Fernsehsender, der ein Interview mit dem Prediger ausstrahlen wollte, gingen die Behörden wegen »Verbreitung von Terrorismus« vor.⁹⁵

Aserbaidshans politische Beziehungen zum glaubensverwandten Iran gestalteten sich wesentlich

endowment.org/2014/01/27/turkey-s-religious-outreach-in-central-asia-and-caucasus-pub-54357.

⁹⁴ Bayram Balci, *Gülen: Top Issue in the Agenda of Erdoğan's Visit to Azerbaijan*, Brüssel: Carnegie Europe, 9.4.2014, <<http://carnegieeurope.eu/2014/04/09/g%C3%BClen-top-issue-in-agenda-of-erdo%C4%9Fan-s-visit-to-azerbaijan/hboq>>.

⁹⁵ »Azeri Broadcasting Regulator Accuses Suspended TV of »Promotion of Terrorism«, *BBC Monitoring Global Newline Former Soviet Union Political File*, 18.7.2016.

schwieriger als die zur ethnisch verwandten Türkei.⁹⁶ Das hat in erster Linie historische Gründe: Seit der Abgrenzung zwischen dem Zarenreich und dem Iran durch den Friedensvertrag von Turkmanchai 1828 sind die aserbaidshanischen Siedlungsgebiete zwischen dem heutigen Aserbaidshan und dem Iran aufgeteilt, in dessen nördlichen Landesteilen mehr Aseris leben als in Aserbaidshan selbst. Baku beklagte gelegentlich deren Diskriminierung durch iranische Behörden, Teheran wiederum verdächtigte Aserbaidshan einer irredentistischen Einflussnahme auf diesen Bevölkerungsteil. Hinzu kommt der ideologische Gegensatz zwischen der Islamischen Republik und dem prononciert säkularen Aserbaidshan.

Schiitische Organisationen, die auf Religion, Bildung und Kultur in Aserbaidshan einwirkten, koordinierten ihre Aktivitäten mit den Religionsstrukturen im Iran. Zu ihnen gehörte das Wohlfahrtskomitee Imdad Imam Chomeini (Rettung im Namen des Imam Chomeini) mit einem Stabsquartier in Baku, das sich karitativer Tätigkeit für Obdachlose und im Karabach-Konflikt Vertriebene widmete, aber auch islamische Literatur aus dem Iran in aserbaidshanischer Sprache verbreitete. Das Iranische Kulturzentrum in Baku rekrutierte junge Leute für ein Islamstudium im Iran. Erste Konflikte mit den staatlichen Stellen Aserbaidshans tauchten seit dem Jahr 2000 auf, als die Spannungen zwischen Baku und Teheran zunahmen. Nun wurde »iranischer Einfluss« zum sicherheitspolitischen Stereotyp. Damit wurden Schiiten unter Generalverdacht gestellt, obwohl der Großteil der mehrheitlich aus Schiiten bestehenden aserbaidshanischen Gesellschaft nicht gerade dem Modell des iranischen »Gottesstaates« zugeneigt war. Seit 2002 arbeiteten nur noch vier Medressen unter iranischem Einfluss. 2011 wurden dann auch sie geschlossen, ebenso das Iranische Kulturzentrum in Baku. Die Tätigkeit des Wohlfahrtskomitees Imdad wurde ebenfalls eingeschränkt.⁹⁷

Teheran missbilligte die freundschaftlichen Beziehungen Aserbaidshans zu Israel, von dem es 2013 Waffen in erheblichem Umfang importierte, und zur westlichen Welt, so anlässlich der Ausrichtung des Eurovisions-Schlagerwettbewerbs in Baku 2012. Seit 2015 haben sich Aserbaidshans politische Beziehungen zum Iran allerdings entspannt. Baku begrüßte das

⁹⁶ Zur iranischen Außenpolitik im Südkaukasus siehe Mkrtchyan, »Shi'a Politics, »Strategic Culture« and Iran's Relations with the South Caucasus« [wie Fn. 1].

⁹⁷ Junusov, *Islamskaja palitra Azerbaidžana* [wie Fn. 83], S. 31.

Nuklear-Übereinkommen der E3+3-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien plus China, Russland, USA) mit dem Iran vom 14. Juli 2015 und die Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen das Nachbarland. Überdies zog Aserbaidsschan eine engere Kooperation mit Russland und Iran auf einer Nord-Süd-Achse über den Kaukasus in Erwägung.⁹⁸ Am 8. August 2016 trafen in Baku erstmals die Präsidenten Aserbaidsschans, Russlands und Irans in einem trilateralen Format zusammen. Darin werden eine verstärkte Kooperation im Energiebereich und ein Eisenbahnprojekt diskutiert, das Russland und Osteuropa über den Kaukasus mit Iran und Südasien verbinden soll.

Zu den von der aserbaidsschanischen Regierung inkriminierten auswärtigen Quellen islamistischer Radikalisierung ist seit 2013/14 der sogenannte Islamische Staat in Syrien und Irak hinzugekommen. Für Aserbaidsschan hätte die Sogwirkung dieser mörderischen Terrormiliz möglicherweise fatale Folgen, weil die Rückkehr freiwilliger IS-Kämpfer nicht nur zur Radikalisierung und Brutalisierung islamistischer Zellen beitragen, sondern auch das bislang weitgehend friedliche Verhältnis zwischen Schiiten und Sunniten vergiften könnte. Lokalen Medienberichten zufolge sollen mehrere hundert aserbaidsschanische Staatsbürger in islamistischen Milizen in Syrien kämpfen, angeblich vor allem Sunniten aus den nördlichen Landesteilen. Einige aserbaidsschanische Schiiten sollen den gegnerischen Kampfformationen beigetreten sein.⁹⁹

Russlands religiöse Kontakte zum muslimischen Aserbaidsschan sind weit weniger intensiv als die zu den beiden ältesten christlichen Kirchen im Südkaukasus, auch wenn hohe Kirchenführer der ROK gerne betonen, der traditionelle Islam stehe ihnen näher als »westliche Pseudowerte«. Auf der Ebene des offiziellen Islam sind die Beziehungen durch Missheiligkeiten zwischen Rawil Gainutdin, dem Leiter der Geistlichen Verwaltung der Muslime Russlands, und dem Muftiat

des Kaukasus unter Pashazadeh belastet. Gainutdin beschwert sich über die angebliche Diskriminierung von Sunniten in dem mehrheitlich schiitischen Nachbarland.

Unabhängige religiöse Akteure

Die politisierte religiöse Szene in Aserbaidsschan gliedert sich in schiitische und sunnitische Strukturen, auch wenn die Bevölkerung des Landes dem doktrinären Unterschied zwischen den beiden Varianten des Islam nicht viel Bedeutung beimisst. Zu den schiitischen politischen Hauptakteuren gehörte die Islamische Partei Aserbaidsschans (IPA), die im September 1991 gegründet und ein Jahr später offiziell registriert wurde. Ihr religiöses Zentrum war die 25 Kilometer von der Hauptstadt Baku am Kaspischen Meer gelegene Kleinstadt Nardaran mit ihrem lokalen Heiligtum (*pir*), das von Schiiten auch aus dem Ausland verehrt wird. Die IPA stand in gespannten Beziehungen zu protürkischen und prowestlichen Parteien Aserbaidsschans. Als sich das Verhältnis zum Nachbarland Iran verschlechterte, geriet die Partei in den Ruch einer Fünften Kolonne der Islamischen Republik. 1995 wurde ihr die Neuregistrierung mit der Begründung verweigert, wie in anderen postsowjetischen Staaten könnten keine Parteien auf ethnischer oder religiöser Basis einen Platz im politischen Spektrum beanspruchen. Ein Jahr später wurden ihr Führer Hadji Aliakram Alijew und weitere hochrangige Funktionäre verhaftet. Der Vorwurf lautete Spionage für den Iran. Unter ihrem neuen Parteiführer Muzaffar Djabrailow suchte die IPA den Kontakt zu säkularen Oppositionsparteien wie Müsavat und der Volksfront Aserbaidsschans. Die ideologischen Differenzen ließen eine politische Kooperation aber nicht zu. In der Folge wurde die IPA immer mehr an den Rand gedrängt und genoss praktisch nur noch in Nardaran und einigen Siedlungen im Süden Aserbaidsschans Popularität.

Ein oppositioneller Islam bildete im ersten nachsowjetischen Jahrzehnt noch keine besondere Herausforderung für das Regime. Erst nach der dynastischen Machtübertragung in der Alijew-Familie 2003 und der weiteren Verhärtung autoritärer Herrschaft unter İlham Alijew fand der islamische Faktor in Opposition zum Regime mehr Widerhall in der Gesellschaft. Chef der IPA wurde 2007 Hadji Mowsum Samedow, ein Arzt, der seine theologische Bildung an der Islamischen Universität Ghom im Iran erworben hatte. Er schärfte das islamistische Profil der Partei, auch

⁹⁸ »Azeri Minister Says Iran Deal to Bring Regional Peace«, *BBC Monitoring Global Newline Former Soviet Union Political File*, 17.7.2015; »Iran Nuclear Deal to Boost Economic Ties with Neighbors – Envoy to Azerbaijan«, *BBC Monitoring Global Newline Former Soviet Union Political File*, 15.7.2015.

⁹⁹ Siroky/Mahmudlu, »E Pluribus Unum?« [wie Fn. 80], S. 97. Siehe zur Verbindung des IS zu Aserbaidsschan David Lonardo, »The Islamic State and the Connections to Historical Networks of Jihadism«, in: *Caucasus Survey*, 4 (2016), 3, S. 239–260, <www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/23761199.2016.1221218?scroll=top&needAccess=true>.

indem er sie von der weltlichen Opposition abgrenzte und verstärkt Anlehnung an den Iran suchte. Same-dow beschuldigte Präsident Alijew, Moscheen zerstört und Frauen mit islamischer Kleidung verfolgt zu haben, und rief zum Widerstand gegen das »despotische Regime« auf. Im Januar 2011 wurde er verhaftet, angeblich wegen Vorbereitung terroristischer Straftaten, und zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Es folgte eine Welle der Verhaftung von Mitgliedern und Anhängern der IPA.¹⁰⁰

Neben der Partei trat in der schiitischen Szene seit 1992 vor allem die Moschee-Gemeinde Juma in der Altstadt von Baku hervor. Sie repräsentierte eine neue Generation aserbajdschanischer Muslime, die ihre religiöse Ausbildung im Ausland erlangt hat, wie ihr Führer Imam Hadji Ilgar Ibrahimoglu (geb. 1973). In den 1990er Jahren gingen junge Bürger Aserbajdschans zum Studium in religiöse Zentren Irans. Sie kehrten mit einem höheren theologischen Bildungsgrad in ihr Heimatland zurück, als ihn die dortige offizielle Geistlichkeit unter Pashazadeh besaß. Anfangs widmete sich die Gemeinde nicht der Politik, sondern ausschließlich der Religion. Mit Projekten etwa zur Bekämpfung der Drogensucht, in der Waisenhilfe und der Bildungsförderung entfaltete sie in der Folgezeit gesellschaftliche Aktivität. Im Jahr 2000, als die staatliche Kontrolle über und die Repression gegen autonom auftretende religiöse Akteure sich schon deutlich verschärft hatten, gründete sie ein Zentrum zum Schutz der Gewissens- und Glaubensfreiheit. Auf internationaler Bühne beklagte Ibrahimoglu eine repressive staatliche Religionspolitik, unter der nicht nur Muslime zu leiden hätten.¹⁰¹ Von der staatsnahen Religionsbürokratie setzte sich die Gemeinde ab und beklagte selbstsüchtige Interessen, eine »Religionsökonomie« und Korruption, selbst in den Reihen der offiziellen Geistlichen Verwaltung. Zum offenen Konflikt kam es im Vorfeld der Präsidentenwahlen Ende 2003, bei denen Ibrahimoglu den Oppositionskandidaten Isa Gambar unterstützte. Ibrahimoglu wurde verhaftet und im April 2004 zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, bald darauf aber aufgrund

internationaler Proteste freigelassen.¹⁰² Im März 2004 schlossen die Behörden die Juma-Moschee wegen angeblicher Baugefährlichkeit.

Radikale, vom traditionellen Islam abweichende sunnitische Akteure werden wie auch in Russland und anderen Teilen des postsowjetischen Raums heute mit dem Schlagwort »Wahhabiten« bezeichnet. Oftmals wird es undifferenziert verwendet, um religiöse Opposition zu stigmatisieren. So wurden religiöse Aktivitäten in Nardaran darunter subsumiert, obwohl dieser Ort das Zentrum schiitischer »religiöser Wiedergeburt« bildet. In wissenschaftlichen Analysen dominieren für radikale Sunniten eher die Termini »Salafismus« und »Salafiten«. Dabei handelt es sich um ein für Aserbajdschan verhältnismäßig neues Phänomen, das beim Übergang von der sowjetischen in die nachsowjetische Epoche entstand. Zunächst kam der Salafismus überwiegend unter ethnischen Minderheiten auf, die der sunnitischen Glaubensgemeinschaft angehören, wie Lesgingen, Awaren, Tschetschenen und anderen. Zu seiner Verbreitung trugen tschetschenische Flüchtlinge bei, die aus ihrer vom Krieg zerstörten Heimat nach Aserbajdschan gekommen waren. Zentrum dieser Strömung wurde die Abu-Bakr-Moschee in der Altstadt von Baku. Dort waren bis zu 8000 Menschen bei den Freitagsgebeten zugegen, an religiösen Feiertagen bis zu 12 000. Jedes Freitagsgebet schloss eine Predigt ein, in der auch politische Themen aufgegriffen wurden. Terroranschläge, die zwischen 1997 und 2000 verübt wurden, schrieben die Behörden generell den »Wahhabiten« zu. Doch der Imam der Abu-Bakr-Gemeinde, Gamet Sulejmenow, verurteilte die Beteiligung aserbajdschanischer Muslime an Terroraktivitäten und wurde zum Führer eines »gemäßigten Salafismus«. Nach den Anschlägen des 11. September 2001 vertiefte sich die Spaltung in gemäßigte und radikale Kräfte. Anhänger der radikalen Minderheit nahmen an Kämpfen außerhalb Aserbajdschans teil, so im Nordkaukasus, in Afghanistan und Pakistan, seit 2013 auch in Syrien und im Irak. Ihre Vertreter in Aserbajdschan erklärten Sulejmenow zum Todfeind. Am 17. August 2008 zündeten sie Granaten in der Abu-Bakr-Moschee. Zwei Menschen kamen dabei ums Leben. Auswärtiger Einfluss auf eine radikale, am Jihad ausgerichtete Strömung kam vor allem aus dem bewaffneten islamistischen Untergrund im Nordkaukasus. Dort wurde 2007 ein sogenanntes Kaukasus-Emirat ausgerufen, das seine Aktivitäten nach Süden auszuweiten trach-

¹⁰⁰ Junusov, *Islamskaja palitra Azerbajdžana* [wie Fn. 83], S. 26.

¹⁰¹ »Today religious freedom is one of the most severely violated human rights in Azerbaijan. ... The state threatens the leaders of independent religious communities, invades the home of private citizens ... and suppresses our public expression of religious belief. The victims are many – Muslims, Christians, and others. But the state's approach is short-sighted.« Zitiert nach ICG, *Azerbaijan: Independent Islam and the State* [wie Fn. 89], S. 13.

¹⁰² Ebd., S. 12.

tete und in einigen Regionen Aserbaidshans eigene Gemeinden (jama'at) etablierte.

Seit Mitte der 1990er Jahre prägten in zentralasiatischen GUS-Staaten national und international agierende Organisationen und Netzwerke die islamistische Szene, wie Hizb ut-Tahrir al-Islami oder die Islamische Bewegung Usbekistans. Das Kaukasus-Emirat versuchte den religiösen Untergrund in Aserbaidshans nördlicher Nachbarschaft zu koordinieren. Im Lande selbst dagegen entwickelte sich eine religiös argumentierende Opposition zur politischen Machtelite eher in lokalen Gemeinden und Moscheen. Je mehr die säkular-demokratische regimekritische Zivilgesellschaft unterdrückt wurde, desto politischer wurde der Islam.

Kirche und Staat im Umfeld aktueller Krisen: Entwicklungen des Jahres 2016

Im Jahr 2016 trugen verschiedene Faktoren zu Verunsicherung in Armenien, Georgien und Aserbaidschan bei. Wie Russland und andere Länder im postsowjetischen Raum sind auch die südkaukasischen Staaten von Wirtschaftskrisen betroffen, die soziale Unruhen auslösen könnten oder bereits ausgelöst haben. Dazu kam im April 2016 eine sicherheitspolitische Herausforderung für die gesamte Region, das bislang stärkste Wiederaufflammen des Karabach-Konflikts seit dem Waffenstillstand von 1994.¹⁰³ In diesem ältesten und brisantesten unter den ungelösten Territorialkonflikten im postsowjetischen Raum und der östlichen Nachbarschaft der EU stoßen Christen und Muslime aufeinander. Ließe sich der Konflikt also womöglich in ein Schema einordnen, dessen ausschlaggebendes Unterscheidungsmerkmal die Religion ist?

Das ist bisher unterblieben, und zwar zu Recht. Die armenische Seite integrierte den Konflikt in ihr eher ethnisch als religiös geprägtes »Türkentrauma«. Und für Aserbaidschan sind die Gegner nicht in erster Linie Christen, sondern Armenier. Trotz einzelner Vorstöße mutierte der Konflikt nicht zum Jihad, wie bereits in einigen Sezessionskonflikten mit einer islamischen Konfliktpartei wie im Nordkaukasus geschehen. Religiöse Kräfte stehen nicht an der Spitze der Konfliktakteure. Die offizielle Geistlichkeit trat eher als Friedensdiplomate auf. So trafen sich 2010 die geistlichen Oberhäupter Armeniens und Aserbaidschans mit dem Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche in Baku zu Friedensgesprächen, während die politischen Führungen in ihrer kompromisslosen Haltung verharrten.¹⁰⁴ Gleichwohl ist der Konflikt

nicht frei von religiöser Parteinahme. In Armenien spielten kirchliche Symbole eine Rolle im Kampf um das umstrittene Gebiet, vor allem zwischen 1988 und 1994.¹⁰⁵ Auf aserbaidshanscher Seite kämpften damals einige Freiwillige aus dem islamischen Ausland und dem Nordkaukasus, darunter der tschetschenische Kriegsherr Schamil Bassajew. Islamische Wohlfahrtsorganisationen nahmen sich nach dem Waffenstillstandsabkommen von 1994 besonders der mehr als 500 000 Menschen an, die aus Berg-Karabach und den umgebenden aserbaidshanschen Provinzen ins Landesinnere vertrieben worden waren. Auf internationaler Bühne erhielt Aserbaidschan diplomatische Unterstützung durch die Organisation of Islamic Conference (heute: Organisation of Islamic Cooperation). Und im Land selbst ist die Meinung verbreitet, die westliche Welt ergreife in dem Konflikt aus kulturell-konfessionellen Gründen Partei für Armenien und trete nicht als ehrlicher Makler auf. So erhob Präsident Alijew im Januar 2016 den Vorwurf, in der Minsker OSZE-Gruppe, die seit 1992 im Karabach-Konflikt vermittelt, mache sich eine »islamophobe Haltung« zugunsten Armeniens breit.¹⁰⁶

Die Eskalation vom April 2016 hatte innenpolitische Auswirkungen auf beide Länder. In Aserbaidschan erzeugte sie eine Welle des Patriotismus, welche die akuten sozioökonomischen Probleme (siehe weiter unten) vorübergehend in den Hintergrund drängte, da erstmals ein militärischer Erfolg zu verzeichnen war. Kleine Gebietsteile, die zuvor unter der Kontrolle armenischer Truppen gestanden hatten, konnten eingenommen werden. In Armenien sorgten die bewaffneten Auseinandersetzungen für Verunsicherung und Unruhen. Ausdruck davon war eine Geiselnahme in einer Polizeistation in Eriwan am 17. Juli 2016, bei der eine nationalistische Oppositionsgruppe unter Führung von Veteranen des Karabach-Kriegs den Rücktritt des Präsidenten forderte. Andererseits demonstrierten

103 Franziska Smolnik/Uwe Halbach, »Der Konflikt um Berg-Karabach im Lichte der Krise um die Ukraine«, in: Sabine Fischer (Hg.), *Nicht eingefroren! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Berg-Karabach im Lichte der Krise um die Ukraine*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2016 (SWP-Studie 13/2016), S. 67–88; Vicken Cheterian, »A New Phase in the Karabakh Conflict«, in: *Caucasus Analytical Digest*, (14.6.2016) 84, S. 13–17; Laurence Broers, *The Nagorny Karabakh Conflict. Defaulting to War*, London: The Royal Institute of International Affairs, Chatham House, Juli 2016 (Chatham House Research Paper).

104 Mina Muradova, »Azerbaijan, Armenia, Russia Using Faith to Find Karabakh Peace«, *EurasiaNet.org*, 28.4.2010,

<www.eurasianet.org/node/60948>.

105 Harutyun Harutyunyan, »The Role of the Armenian Church during Military Conflicts«, in: *Caucasus Analytical Digest*, (11.10.2010) 20, S. 7–9.

106 »Azeri Leader Criticizes OSCE Minsk Group Mediators«, *BBC Monitoring Global Newline Former Soviet Union Political File*, 29.1.2016.

Präsident Sargsjan und der prominenteste Oppositionspolitiker und ehemalige Präsident Lewon Ter-Petrosjan Einigkeit. Auch die beiden höchsten armenischen Kirchenführer, deren Verhältnis bislang eher gespannt gewesen war, taten sich zusammen: Katholikos Karekin II. und Katholikos Aram I. von Kilikien besuchten gemeinsam Stepanakert, die Hauptstadt Berg-Karabachs.¹⁰⁷

Im Vorfeld der für den 8. Oktober 2016 angesetzten Parlamentswahlen kam auch Georgiens politische Landschaft wieder in Bewegung. Das Jahr 2016 war von einem Wahlkampf geprägt, in dessen Umfeld sich ideologische und geopolitische Polarisierung verstärkte. Es gibt Kräfte, die für eine außen- und geopolitische Umorientierung eintreten, auch wenn mit einer kompletten Kehrtwende weg von Europa und hin nach Eurasien nicht zu rechnen ist. Allerdings haben die maßgeblichen prowestlichen Kräfte, nämlich die Mehrheit in der Regierungskoalition des Georgischen Traums und die 2012 abgewählte Regierungspartei und stärkste Oppositionspartei ENM, an Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Bei einer Umfrage von März/April 2016 kam keine Partei auf mehr als 20 Prozent Zustimmung. Ausgesprochen prowestliche Parteien wurden demnach von 49 Prozent, antiwestliche Kräfte von 15 Prozent der Bevölkerung unterstützt.¹⁰⁸ Konservativ-nationalistische Parteien, die gegen »Verwestlichung« agitieren, schlossen sich angesichts der näherrückenden Wahlen zusammen. Im Juni 2016 verband sich die ultranationalistische Allianz der Patrioten mit fünf weiteren Parteien wie »Freiheit, Traditionalisten, Neue Christdemokraten« und »Veteranen der Streitkräfte« zu einem Wahlblock. Die Parlamentswahlen vom 8. Oktober verliefen ordnungsgemäß und wurden wie diejenigen im Jahr 2012 von internationalen Beobachtern als frei und fair eingestuft, auch wenn sich in ihrem Vorfeld gewalttätige Zwischenfälle ereignet hatten. Laut vorläufigen Wahlergebnissen konnte sich die Regierungspartei Georgischer Traum – Demokratisches Georgien mit rund 48 Prozent der Wählerstimmen behaupten.¹⁰⁹ Allerdings war die

Wahlbeteiligung sehr niedrig, was Politikverdrossenheit in der Bevölkerung signalisierte.

Die Verunsicherung infolge ungelöster und wieder aufflammender Konflikte wie im Streit um Berg-Karabach sowie sozialer Unruhen und Wirtschaftskrisen könnte auch das Verhältnis von Religion und Politik beeinflussen. Verstärkte Zusammenarbeit von Kirche und Staat zur Stützung des Patriotismus in schwierigen Zeiten wäre ebenso denkbar wie ideologische Konflikte zwischen säkularen und religiösen Kräften oder verschärfte staatliche Kontrolle über religiöse Akteure. Letzteres vollzog sich im Schatten sozialer Unruhen in Aserbaidschan. Schon zu Beginn des Jahres 2016 gab es in mehreren Landesteilen Straßendemonstrationen aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs. Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften sowie Verhaftungen waren die Folge.¹¹⁰ Dies ist im Lichte einer Wirtschaftskrise zu betrachten, die sich für die Bevölkerung vor allem in einer drastischen Abwertung der Landeswährung gegenüber dem US-Dollar manifestierte. Wegen des niedrigen Ölpreises hatte der Staat schon 2015 weniger eingenommen. Bislang konnte sich die Präsidialautokratie unter den Alijews auf ein beträchtliches Wirtschaftswachstum stützen. Zwar hing es größtenteils vom Energieexport ab und machte hauptsächlich die präsidentennahe Elite reicher. Dennoch zeigte es auch »trickle down«-Effekte und reduzierte die Armutsquote von angeblich 47 Prozent im Jahr 2002 auf sechs Prozent 2016.¹¹¹ Doch die Phase des stattlichen Wirtschaftswachstums ist vorerst wohl vorbei.

Oppositionsparteien waren in die Protestaktionen kaum verwickelt. Diese waren spontan, sporadisch und richteten sich gegen lokale Verwaltungsorgane. Dennoch beschuldigten Generalstaatsanwaltschaft und Innenministerium in einer gemeinsamen Erklärung »religiös-extremistische Kräfte«, den Aufruhr zu schüren und zu organisieren.¹¹² In dieser Krisensituation entpuppte sich auch die religiöse Enklave Nardaran wieder als Unruheherd. Im November 2015 kam

107 Maciej Falkowski, *From Apathy to Nationalist Mobilisation: Politics Makes a Comeback in Armenia*, Warschau: Ośrodek Studiów Wschodnich (Centre for Eastern Studies, OSW), 28.6.2016 (OSW Commentary 215).

108 *Public Opinion Survey. Residents of Georgia*, März–April 2016, Washington, D.C., 28.4.2016, <www.iri.org/sites/default/files/wysiwyg/georgia_2016.pdf>.

109 »In Runoffs GDDG Eyes Constitutional Majority«, *Civil.ge*, 9.10.2016; »ISFED Parallel Voter Tabulation Results«, *Civil.ge*, 9.10.2016.

110 Thomas de Waal, *Azerbaijan's Perfect Storm*, Brüssel: Carnegie Europe, 19.1.2016, <<http://carnegieeurope.eu/strategieurope/?fa=62501>>.

111 Farid Guliyev, »Azerbaijan: Low Oil Prices and their Social Impact«, in: *Caucasus Analytical Digest*, (21.4.2016) 83, S. 16–21 (19).

112 »Popular Front, Musavat Parties and Extremist Groups Held Illegal Acts in Azerbaijan«, *trend news agency*, 13.1.2016, <<http://en.trend.az/azerbaijan/society/2480108.html>>; Zaur Shiriyev, »Protests in Azerbaijan: A Political and Economic Watershed«, *Eurasia Daily Monitor*, 1.2.2016.

es bei der Verhaftung des Predigers und Theologen Taleh Bagirzade erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und zu Übergriffen der Sicherheitskräfte, auch Todesopfer waren zu verzeichnen. Die Regierung brandmarkte die Proteste als »islamistischen Terrorismus«, doch hatten sie wiederum nur zum Teil mit Religion zu tun und richteten sich gegen diverse Missstände.¹¹³ Der Staat reagierte mit verschärfter staatlicher Kontrolle. Sahin Alijew, Leiter der Abteilung für Rechtswesen in der Präsidialverwaltung, verkündete auf einem Seminar Mitte Februar 2016, die Behörden müssten religiösem Extremismus nun entschlossener entgegentreten. Sämtliche religiöse Literatur sowie Audio- und Videoaufnahmen müssten mit einem Kontrollstempel versehen werden. Der Berater des Präsidenten, Ali Hasanow, mahnte höhere Wachsamkeit gegenüber religiösen Entwicklungen auf regionaler Ebene an, um »Toleranz und Glaubensvielfalt in Aserbaidtschan« gegen Extremismus zu schützen. Deshalb besuche Präsident Alijew besonders häufig jene Landesteile, in denen ethnische Minderheiten und Anhänger unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften leben.¹¹⁴ Nardaran befand sich noch Monate nach den Unruhen vom November 2015 und dem Aufmarsch der Polizei im inoffiziellen Ausnahmezustand.

Auf den von internationalen Menschenrechtsorganisationen geführten Listen politischer Gefangener in Aserbaidtschan finden sich immer mehr Personen, die des religiösen Extremismus bezichtigt werden.¹¹⁵ Laut dem Norwegischen Helsinki-Komitee machen sie drei Viertel aller politischen Gefangenen aus, deren Zahl auf zwischen dreißig und über hundert beziffert wird.¹¹⁶ Andererseits wurden seit Ende 2015 einige Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Oppositionelle aus der Haft entlassen. Darunter waren prominente politische Häftlinge wie das Ehepaar Leila und Arif Junus, das aus Krankheitsgründen freikam, und die Journalistin Chadija Ismailowa, die über Korruption in der Machtelite berichtet hatte. Das weckte Hoffnung auf eine liberalere Haltung des Staates gegenüber der Zivilgesellschaft. Spekuliert

wurde auch darauf, dass die Regierung möglicherweise das Verhältnis zu westlichen Partnern verbessern wolle, um angesichts der Wirtschaftskrise leichter an Kredite internationaler Finanzorganisationen zu kommen.¹¹⁷ Innenpolitische Entwicklungen nähren jedoch Zweifel an einer solchen Wende. Präsident Alijew bereitete wieder einmal Verfassungsänderungen vor, um die präsidentiale Machtfülle noch zu erweitern.¹¹⁸ Zu diesem Zweck wurde für den 26. September 2016 ein Referendum angesetzt, das eine sowjetisch anmutende Zustimmung von mehr als 91 Prozent erbrachte. Oppositionskräfte und zivilgesellschaftliche Aktivisten, die gegen die Verfassungsänderungen protestierten, wurden verhaftet.

113 Eldar Mamedov, »Azerbaijan: Examining the Source of Discontent in Nardaran«, *EurasiaNet.org*, 8.12.2015.

114 »Azeri Authorities Discuss Measures to Prevent Religious Radicalism«, *BBC Monitoring Global Newline Former Soviet Union Political File*, 13.2.2016.

115 »Azeri NGO Issues New List of Political Prisoners«, *BBC Monitoring Global Newline Former Soviet Union Political File*, 28.4.2016.

116 Durna Safarova, »Azerbaijan: 'Celebrity' Political Prisoners Get Freedom First, Activists Say«, *EurasiaNet.org*, 11.7.2016.

117 Durna Safarova, »Azerbaijan: Will Khadija Ismayilova's Freedom Open Prison Doors?«, *EurasiaNet.org*, 25.5.2016; Jack Farchy, »Azerbaijan: Aiming to Please«, in: *Financial Times*, 29.8.2016.

118 »Azeri Opposition Condemns Prepared Constitutional Change«, *BBC Monitoring Global Newline Former Soviet Union Political File*, 21.7.2016.

Ausblick

In einem Konsultationspapier zur Nachbarschaftspolitik vom März 2015 bemerkt die Europäische Kommission selbstkritisch, Europa müsse den Druck und Einfluss stärker berücksichtigen, der von außen auf seine Partner ausgeübt werde und ihre politische Positionierung, auch gegenüber der EU, bestimme.¹¹⁹ Dazu gehört eine ideologische Einflussnahme, die immer häufiger kulturelle Stereotypen instrumentalisiert, um eine angeblich prinzipiell glaubens-, traditions- und familienfeindliche Haltung in Europa und im Westen anzuprangern.

Europas Blick auf den Südkaukasus richtet sich besonders auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Georgien, müsste aber auch der kulturell-religiösen Szene dort gelten. Georgien ist das Land, das sich Europa am meisten angenähert hat. Was die Umsetzung von EU-Normen im Raum der Östlichen Partnerschaft anbelangt, fällt Georgien als einziger südkaukasischer Staat in die Kategorie der »better performing countries« (gemeinsam mit Moldova und Ukraine). Im Juni 2014 schloss Georgien sein Assoziierungsabkommen mit der EU einschließlich einer vertieften und umfassenden Freihandelszone (Deep and Comprehensive Free Trade Agreement, DCFTA). Das Abkommen trat am 1. Juli 2016 in Kraft. Meinungsumfragen zufolge unterstützt die Bevölkerung diesen Kurs weitgehend. 2013 fiel die Zustimmung zur Annäherung an die EU mit 65 Prozent in Georgien deutlich höher aus als in Armenien (40 Prozent) und Aserbaidschan (35 Prozent).¹²⁰ Seither lassen sich aber auch konservativ-nationalistische Stimmen mit moralischen Bedenken gegen eine angebliche Verwestlichung immer lauter vernehmen. Wie stark solche Vorbehalte in der georgischen Gesellschaft Gehör finden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob kirchliche Kreise das Votum ihres Oberhauptes für den Weg nach Europa bekräftigen oder mit Warnungen vor der »Krankheit des Liberalismus« relativieren. Noch sind ausgesprochen antiwestliche Kräfte in der Minderheit. Aber in Georgien wird darauf hingewiesen, dass eine ideolo-

gisch-propagandistische Einflussnahme aus Russland, die in den letzten drei Jahren gezielt kulturell-religiöse Stereotypen in Absetzung von einem »dekadenten Westen« verbreitete, ihre Wirkung nicht verfehlt. Es wird darauf ankommen, ob im Prozess der Assoziierung Georgiens mit der EU die Erwartung eines langfristigen Gewinns (long time gain) überwiegt oder eher die Frustration über eine kostenträchtige Anpassung an EU-Normen (short time pain). Ähnlich wichtig wird sein, ob sich das Land von Europa hinreichend unterstützt fühlt. Während der letzten zwei Jahre, in denen sich die EU mannigfachen Herausforderungen stellen musste, verspürte Georgien hier nicht nur ermutigende Impulse.¹²¹

Im Umgang mit Georgien ebenso wie mit Armenien gilt es klarzustellen, dass Annäherung an Europa nicht die Verleugnung traditioneller Werte verlangt. Es muss überzeugend dargelegt werden, dass die Rolle, die Religion, Kirche und Tradition in den Mitgliedstaaten der EU spielen, in einem Spektrum von den Niederlanden bis Polen, von Schweden bis Griechenland unterschiedlich ausgeprägt ist. Was Aserbaidschan betrifft, könnte Europa die kulturelle Selbstdarstellung des Landes als »Hort von Glaubensvielfalt und Toleranz« aufgreifen. Zum Beispiel ließe sich das noch weitgehend friedliche Zusammenleben von Schiiten und Sunniten angesichts der Realität in anderen Teilen der islamischen Welt positiv hervorheben. Auch die frühen Einflüsse von Säkularisierung und Modernisierung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts könnten gewürdigt werden. Allerdings sollte kein Zweifel daran gelassen werden, dass das Herrschaftssystem des Landes politischen Ansprüchen an Toleranz und Pluralismus keineswegs genügt, solange der Staat mit umfassenden Repressionen gegen regierungskritische zivilgesellschaftliche Kräfte vorgeht. Der politischen Führung müsste vermittelt werden, dass sie auf diese Weise das Gegenteil des Gewünschten erreicht, nämlich mehr statt weniger Raum für

¹¹⁹ Michèle Knodt/Sigita Urdze, »Ferne Nachbarn. Die Europäische Union im Südkaukasus«, in: *Osteuropa*, 65 (2015) 7–10, S. 469–485 (485).

¹²⁰ CRRC, *Caucasus Barometer 2013*, <<http://caucasusbarometer.org/en/datasets/>>.

¹²¹ So wurde Mitte 2016 bekannt, dass die von Georgien erwartete Visaliberalisierung für einen befristeten Aufenthalt im Schengen-Raum vor allem wegen Einwänden aus Deutschland hinausgezögert wurde, obwohl zuvor in Brüssel und Berlin bestätigt worden war, dass das Land die erforderlichen Voraussetzungen dafür erfüllt habe.

eine religiös argumentierende Opposition. Zu verdeutlichen wäre auch, dass die rigide Überwachung von Akteuren, die sich nicht der staatlichen Religionsbürokratie unterordnen, keine Gewähr dafür bietet, dass »religiöser Extremismus« tatsächlich eingedämmt wird. In anderen muslimischen Teilen des postsowjetischen Raums, etwa in Teilrepubliken des Nordkavkasus, haben die Sicherheitsorgane mit ähnlichen Methoden die Radikalisierung »islamischer Wiedergeburt« eher begünstigt als verhindert.

Abkürzungsverzeichnis

AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, Türkei)
BBC	British Broadcasting Corporation
CRRC	Caucasus Research Resource Center
DCFTA	Deep and Comprehensive Free Trade Agreement
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance
ENM	Ertian Nationaluri Modkraoba (Vereinigte Nationale Bewegung, Georgien)
EU	Europäische Union
GFI	Government Favoritism of Religion Index
GOK	Georgisch-Orthodoxe Kirche
GRI	Government Regulation of Religion Index
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ICG	International Crisis Group
IPA	Islamische Partei Aserbaidschans
IS	Islamischer Staat
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
Nato	North Atlantic Treaty Organization
OSCE	Organization for Security and Co-operation in Europe
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PONARS	Program on New Approaches to Russian Security (Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C.)
ROK	Russisch-Orthodoxe Kirche
SOCAR	State Oil Company of Azerbaijan Republic
SRI	Social Regulation of Religion Index
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Paris)